# Die Lehren der Großen Proletarischen Kulturrevolution sind unvergänglich Seite 6

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 32 vom 12. August 1977 | 11. Jahrgang | 50 Pfennig

## Deutschland dem deutschen Volk

# Die Mauer muss weg!

**Am 13. August jährt sich zum 16. Mal der Tag, an dem die Machthaber der DDR die Berliner Schandmauer errichten ließen. Die Mauer wurde nicht nur zum Sinnbild der Spaltung Deutschlands, sondern auch zum Inbegriff der Brutalität, Unmenschlichkeit und Widerwärtigkeit des revisionistischen ostdeutschen Staates, den die DDR-Bonzen zwar sozialistisch nennen, der jedoch in Wahrheit ein faschistischer Staat ist. Mehr als hundert Menschen fanden bis heute an der Berliner Mauer den Tod. Sie wurden von den Schergen des Ulbricht-Honecker-Regimes grausam zusammengeschossen. Diese blutigen Verbrechen werden von den SED-Bonzen drüben, aber auch von ihren Freunden und Ablegern hier im Westen, der D„K"P, zynisch gerechtfertigt. Die Mauer sei „ein antifaschistischer Schutzwall", sagen, sie, sie diene „der Verteidigung der DDR gegenüber den aggressiven Absichten der westdeutschen Revanchisten". Die Tatsachen strafen diese Behauptungen jedoch Lügen.**

Waren die 100 Menschen, die von den Salven der Vopo niedergemäht wurden, etwa alle Agenten und Provokateure, die im Dienste imperialistischer Drahtzieher in die DDR eindringen wollten? Nein. Die meisten waren Arbeiter, Jugendliche, Werktätige aus der DDR, die dem Zuchthausregime von Moskaus Gnaden entfliehen wollten. Die Mauer wurde keineswegs gegen einen äußeren Feind errichtet, sondern um zu verhindern, daß dem angeblichen Arbeiterstaat seine Arbeiter davonliefen.

Sicher — es ist wahr, daß die Krupp und Thyssen, daß der westdeutsche Imperialismus revanchistische Ziele verfolgen, daß sie davon träumen, eines Tages auch den östlichen Teil Deutschlands wieder in ihre gierigen Krallen zu bekommen. Aber wer glaubt denn im Ernst daran, daß die Berliner Mauer, daß der Stahlgitterzaun und die Selbstschußanlagen und Minenfelder, die Ulbricht und Honecker quer durch Deutschland, von der Ostsee bis zum Bayrischen Wald, ziehen ließen, ein echtes Hindernis für die westdeutschen Imperialisten darstellen?

Wäre die DDR tatsächlich ein sozialistischer Staat, wo die Arbeiter und Bauern das Sagen haben, ein Staat der Diktatur des Proletariats also, wie würde er sich in der Hauptsache gegen Angriffe der Imperialisten schützen? In erster Linie würde er sich auf das bewaffnete Volk stützen, auf die leidenschaftliche Bereitschaft der Werktätigen, das sozialistische Vaterland um jeden Preis zu verteidigen und jeden Feind in den Flammen des revolutionären Volkskrieges zu vernichten.




Genau so ist es im Falle des kleinen Albaniens, des einzigen sozialistischen Landes in Europa, das sich vor keinem Feind fürchtet, auch vor den beiden Supermächten nicht. In Albanien ist jeder Arbeiter, jeder Bauer und jeder Werktätige bewaffnet, ob Mann oder Frau, ob jung oder alt. Nicht nur das Gewehr haben die Werktätigen in Albanien immer griffbereit, sondern sie haben auch Zugang zu schweren Waffen. Bei einem Angriff stünde das albanische Volk, das fest um seine Partei zusammengeschlossen und marxistisch-leninistisch erzogen ist, innerhalb von höchstens zwei Stunden kampfbereit da, die Waffen gegen den Feind gerichtet.

In der DDR kann natürlich keine Rede von Volksbewaffnung sein, denn sie ist ein kapitalistisches Land, ein Land mit einem brutalen sozialfaschistischen Regime, das sich vor dem werktätigen Volk fürchtet, mindestens so sehr fürchtet, wie die Herrschenden hier in der Bundesrepublik sich vor den ausgebeuteten und unterdrückten Massen fürchten. Niemals würden sie es wagen, das Volk zu bewaffnen, denn sie wissen, daß das ihr sicherer Untergang wäre. Die DDR-Machthaber fürchten sich vor dem eigenen Volk so sehr, daß sie ihre revisionistische Ausbeuterherrschaft nicht nur auf die eigenen Truppen und Polizeikräfte, sondern auch auf die Bayonette der sowjetischen Besatzungsmacht stützen und die DDR zu einem Satelitenstaat des russischen Sozialimperialismus gemacht haben. **Damit können sie jedoch nicht verhindern, daß sich der Widerstand des arbeitenden Volkes immer mehr verstärkt. Vor über anderthalb Jahren gründete sich illegal die Sektion DDR der KPD/ML. Sie hat begonnen, dem Kampf der Massen die revolutionäre Perspektive**

Fortsetzung auf Seite 2

# Morgen bist Du der Terrorist

Als in den frühen Morgenstunden des 1. August 1977 der bundesdeutsche Rundfunk halbstündlich die Nachricht: *eine*

*Befreiungsbewegung Roter Morgen*

*habe die Verantwortung für den Tod des Dresdner-Bank-Direktors Ponto übernommen, „wir haben Ponto hingerichtet", und gleichzeitig gedroht, sollten die „inhaftierten politischen Kriegsgefangenen" nicht sofort freigelassen werden, würden „weitere Mitglieder der Ausbeuterklasse hingerichtet" werden,*

in den Äther strahlte, da mag so mancher der vielen Millionen Hörer gedacht haben: „Roter Morgen? Roter Morgen, davon habe ich doch schon mal gehört. Ist das nicht ... eine Zeitung?

Richtig, es ist eine Zeitung. Eine Arbeiterzeitung. Eine Zeitung für die werktätigen Menschen. Die sowohl in Ostdeutschland, dort natürlich illegal, als auch in Westdeutschland, — hier wurde sie allein in einem Jahr siebenmal beschlagnahmt, — erscheint. Sie ist — seit über acht Jahren — das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten, der KPD/ML.

Ja, was hat denn nun aber der „Rote Morgen" mit dem Ableben des Bankiers Jürgen Ponto zu tun? Nichts, rein gar nichts! Was hier durch den Äther rauschte, war eine gezielte

*Provokation!*

Klar, daß sie freudig von der bürgerlichen Presse von „Bild" bis zur „seriösen" „FAZ" aufgegriffen wurde. Hier kennt man ja noch das Geschäft. Von damals. Wer hat den Reichstag angezündet? Natürlich die Kommunisten!

Wozu sie diente? Nun, sie diente dazu, in der breiten Öffentlichkeit die KPD/ML und ihr Zentralorgan, den „Roten Morgen", mit dem Anschlag auf Ponto in Verbindung zu bringen. Schon anläßlich des Hinscheidens von Oberstaatsanwalt Buback war man auf die gleiche Masche gereist, hatte man versucht, den Tod dieses obersten Staatsanwaltes in Verbindung mit unserer Partei zu bringen, mit der eindeutigen Absicht, sie zu kriminalisieren.

Wer hinter dieser Meldung der Nachrichtenagentur Reuter steckte? Wer die geheimnisvolle Männerstimme war, die sich da nächtens im Bonner Reuterbüro als „Befreiungsbewegung Roter Morgen" meldete? Dazu bedarf es ja wohl keines kriminalistischen Scharfsinns. Uns ist es egal, ob der Herr nun vom Bundeskriminalamt, vom Bundesamt für Verfassungsschutz oder ganz einfach ein armer Irrer oder ein Agentprovokateur wie der Reichstagsanzünder von der Lubbe war. Die

*Gestapomasche*

ist unverkennbar. Das sei übertrieben? Schließlich habe man ja von der „Befreiungsbewegung" und nicht von der Zeitung Roter Morgen berichtet? Sicher, doch hätte die gleiche bundesdeutsche Presse, der gleiche Rundfunk auch darüber berichtet, wenn sich statt einer „Befreiungsbewegung Roter Morgen" eine

*Befreiungsbewegung Helmut Schmidt*

gemeldet hätte? Bestimmt nicht. Doch gegen uns, kommunistische Arbeiter und Angestellte, Bauern und Intellektuelle meint man, die Bundesbürger aufhetzen zu dürfen. Was den Nazis ihre Juden und bolschewistischen Untermenschen, sind den Herrschenden der Bundesrepublik heute wir Kommunisten, die sie als Chaoten, Extremisten, Radikale und Terroristen zu diffamieren versuchen.

Wollte man den Politikern in Bonn, wollte man der gleichgeschalteten Presse der deutschen Bundesrepublik Glauben schenken, so müßte man annehmen, Mord und Terror herrschten in deutschen Landen, reihenweise würden die Bundesprominenz, Politiker, hohe Staatsbeamte, Bank- und Konzernherren usw. von Terroristen mit Maschinenpistolen niedergemäht. Was ist der Grund für diese ins maßlose aufgebauschte

*Terroristenhysterie*

obwohl doch kaum ein knappes Dutzend wie der Drenkmann, der Buback, der Ponto, das Zeitliche segneten. **Was sind sie schon gegen die Tausende, die jährlich infolge kapitalistischer Profitgier durch Arbeitsunfälle ihr Leben lassen, die über Zehntausend, die im gleichen Zeitraum, weil ihnen ihr elendes Dasein zuviel wird, Selbstmord begehen, die rund 15.000 Menschen, die Jahr für Jahr auf unseren Straßen sterben müssen?**

Sicher, Terror und Gewalt sind gestiegen, sind ständig im Steigen begriffen. Wir nähern uns amerikanischen Zuständen. Welche Frau wagt sich denn noch nachts allein über die Straße zu gehen, S- oder U-Bahn zu fahren. Am gleichen Tage, als Ponto starb, meldete der Polizeibericht nur einer Stadt, Hamburg, drei Raubüberfälle. Einer 67 Jahre alten Rentnerin, einer 30 Jahre alten Angestellten wurden die Handtaschen geraubt, ein Lagerist wurde niedergeschlagen und ebenfalls beraubt. In Hanau wurde eine 25jährige Frau nach einer Vergewaltigung aus einem Fahrzeug vor einen Lastkraftwagen geworfen und überfahren. Tot. Und das ist nur ein Bruchteil, der an einem Tage begangenen Verbrechen. Doch hier, wie z. B. bei der Vergewaltigung und dem Mord an der jungen Hanauer Frau wurden keine

*200.000 Mark Belohnung*

für die Ergreifung der Täter ausgesetzt, wie im Fall Ponto, denn bei ihr handelt es sich ja nur um eine einfache Frau aus dem Volk. **Was**

Fortsetzung auf Seite 2

## AUS DEM INHALT

## Deutschland dem deutschen Volk!

# Die Mauer muss weg!

Fortsetzung von Seite 1

**zu geben, die bewaffnete Erhebung der Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen Werktätigen, zur Verjagung der sozialimperialistischen Besatzungsmacht und zum Sturz der Herrschaft der neuen Bourgeoisie; die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats in der DDR.**

In den Jahren, als die DDR noch ein sozialistisches Land war, zu Lebzeiten Stalins also, da gab es in Berlin keine Mauer. Sicher, auch damals kamen Flüchtlinge aus der DDR in den Westen. Aber während heute Arbeiter und andere Angehörige des werktätigen Volkes dem Regime scharenweise davonzulaufen versuchen, waren es damals hauptsächlich die Vertreter der Bourgeoisie, die enteigneten Kapitalisten, die ehemaligen Nazibonzen usw., die Zuflucht im „goldenen Westen" suchten. Damals war es so, daß die DDR die Hoffnungen der Arbeiterklasse in Westdeutschland verkörperte, daß sie auf die Ausgebeuteten und unterdrückten Massen und natürlich vor allem auf die Jugend im Westen eine mächtige Anziehungskraft ausübte. So nahmen an den Weltjugendfestspielen des Jahres 1951 in Ostberlin 30.000 Jugendliche aus Westdeutschland teil. Sie mußten illegal über die Grenze, weil Adenauers Polizei sie verfolgte und gewaltsam von der Teilnahme abhalten wollte.

Damals, als die Arbeiter in der DDR noch Herr im eigenen Haus waren, als sie noch den Sozialismus aufbauten, trat die DDR auch konsequent für die nationalen Interessen des deutschen Volkes ein und kämpfte gegen die Spaltung Deutschlands. Die Spaltung Deutschlands geht ursprünglich auf das Konto des amerikanischen Imperialismus und seiner deutschen Helfer, der Krupp und Thyssen, der Adenauer und Schumacher. Auf Betreiben der USA wurde der Bonner Spalterstaat als Stützpunkt der amerikanischen Herrschaft in Deutschland und als kapitalistisches Bollwerk gegen das damals existierende sozialistische Lager errichtet.

Heute aber tritt auch der russische Sozialimperialismus die Einheit und nationale Unabhängigkeit Deutschlands mit Füßen. Längst haben die revisionistischen Machthaber in der DDR auch die nationalen Interessen Deutschlands verraten. Sie selbst sind ja nichts anderes als erbärmliche Vasallen Moskaus. Der Bau der Mauer am 13. August 1961 war auch Ausdruck der Versklavung der DDR durch die kapitalistisch entartete Sowjetunion. Heute sind die beiden Supermächte die Hauptdrahtzieher, die hauptsächlich für die Lage in Deutschland verantwortlich sind, und die die Zementierung der Spaltung Deutschlands betreiben.

**Das deutsche Volk haßt die Berliner Mauer. Es wird sich nie mit diesem blutbefleckten Schandmal abfinden, genausowenig, wie es sich jemals mit der Besetzung Deutschlands durch die Truppen der beiden Supermächte abfinden wird. Die Mauer muß weg! Die Todesgrenze, die sich quer durch Deutschland zieht, muß verschwinden! Die russischen und amerikanischen Generäle und die fremden Truppen müssen raus aus Deutschland! Das ist der Willen des werktätigen Volkes in ganz Deutschland.** Das deutsche Volk will ein Deutschland, das vereint und unabhängig ist, das nicht mehr als Aufmarschgebiet der beiden Supermächte und der von ihnen beherrschten aggressiven Militärblöcke, der NATO und des Warschauer Pakts, dient. Das deutsche Volk will nicht auf einem von Moskau und Washington mit Unterstützung Bonns und Ostberlins angelegten atomaren Pulverfaß sitzen.

Die Bonner Regierung wettert bekanntlich ja auch gegen die Mauer und spricht von der Einheit der deutschen Nation und der Wiedervereinigung. Aber geht es den westdeutschen Imperialisten etwa um die nationalen Interessen des deutschen Volkes? Nein, im Gegenteil! Es geht ihnen darum, in Verfolgung ihrer revanchistischen Großmachtbestrebungen das deutsche Volk vor ihren imperialistischen Karren zu spannen. Im Windschatten der beiden Supermächte verfolgt Bonn seine eigenen räuberischen und aggressiven Ziele. Der westdeutsche Imperialismus will bei der Neuaufteilung der Welt mitmischen und einen möglichst fetten Brocken dabei ergattern. Wenn es darauf ankommt, wird er nicht zögern, Deutschland der Verwüstung und atomaren Verseuchung preiszugeben und das werktätige Volk auf die Schlachtbank eines dritten Weltkrieges zu treiben.

**Eine Wiedervereinigung Deutschlands, wie das werktätige Volk sie will, kann niemals im Verein mit dem oder unter Führung des westdeutschen Imperialismus verwirklicht werden, sondern nur im unversöhnlichen revolutionären Kampf gegen ihn. Der Weg zu einem vereinten und unabhängigen Deutschland führt nur über den Sturz der Ausbeuterherrschaft in beiden deutschen Staaten, über die gewaltsame sozialistische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats in Westdeutschland so wie die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats in Ostdeutschland. Wenn das kapitalistische Ausbeutersystem in Deutschland zerschmettert ist, wenn das Volk die Macht in den Händen hält und alle Imperialisten, alle Besatzungstruppen verjagt sind, werden die Werktätigen die Mauer niederreißen, werden sie ein freies und friedliches Deutschland schaffen, wie sie es ersehnen, ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.**

## Kurz berichtet

**WESTBERLIN**

Zu einer Demonstration gegen die Fahrpreiserhöhungen rief die Rote Garde in Westberlin auf. Wie schon im letzten Jahr so hat auch jetzt die Berliner Verkehrsgesellschaft wieder unverschämt aufgeschlagen: um 7 Mark verteuert sich die Monatskarte, für einen Einzelfahrschein müssen statt einer Mark 1,30 DM hingelegt werden. Diese Verteuerung hat unter den Werktätigen, vor allem unter den Jugendlichen, große Empörung ausgelöst.



Die Rote Garde bildete eine Aktionseinheit mit zwei Jugendkollektiven gegen die Fahrpreiserhöhungen. Die Demonstration, die auch von der Partei unterstützt wurde, stieß bei den Berlinern auf Zustimmung. Von anfangs etwa 550 wuchs der Demonstrationszug auf 800 Teilnehmer an. Die RG konnte durch die Aktion ihren Einfluß unter den Jugendlichen der Aktionseinheit verstärken.

**SCHLESWIG**

Mitte letzten Monats führte die Rote Garde Schleswig ein Wochenend-Zeltlager durch, an dem sich 16 Genossen und Freunde beteiligten. Auf dem Lager wurde ein sportlicher Wettkampf organisiert, außerdem wurde viel gesungen und diskutiert. Die Genossen berichten, daß dieses Lager ein großer Erfolg für die nähere Heranführung der Sympathisanten und Freunde an die Rote Garde war.

In der Woche vor dem Lager hatte die RG im Jugendzentrum Schleswig den Film über den III. Parteitag der KPD/ML gezeigt.

**KIEL**

Korrespondenz. Im Juli fand in Kiel von der Roten Hilfe Deutschlands ein Solidaritätsfußballturnier für den Genossen Martin Peleikis, der zur Zeit sieben Monate in Neumünster eingesperrt ist, statt. An dem Spiel nahmen fünf Mannschaften teil. Geleitet wurde das Turnier von der Kieler Mannschaft, dem Roten Stern Kiel.

Zu Beginn wurde kurz auf den Prozeß und warum Martin im Gefängnis ist, eingegangen. Man überreichte der Frau des Genossen einen Strauß Blumen, um die Solidarität mit Martin auszudrücken. Außerdem unterzeichneten alle Spieler einen Brief an Martin, und in der Pause spielte der Kieler AP-Trupp der KPD/ML ein Stück zum Prozeß von Martin.

Das Turnier fand in einer kämpferischen Atmosphäre statt, auch eine ausländische Mannschaft nahm teil. Die RHD verkaufte Kuchen und Getränke zum Solidaritätspreis und zur Stärkung der abgekämpften Spieler, auch machte die RHD mit einem Stand Propaganda zur Solidarität mit den Genossen in Haft.

# Morgen bist Du der Terrorist

Fortsetzung von Seite 1

**haben die Herren des Finanzkapitals, der Banken und Konzerne sich jemals um das Leben der einfachen Menschen gekümmert. Zu Millionen haben sie sie, um ihres Profites willen auf den Schlachtfeldern zweier Weltkriege verbluten lassen.** Da dürfen sie sich nicht wundern, wenn ihr persönlicher Tod die Menschen auf der Straße kalt läßt. Was verbindet denn einen Arbeiter mit einem Bankdirektor, der an einem Abend in Gesellschaft so nebenbei das ausgibt, wofür der Arbeiter einen ganzen Monat lang hart schuften muß. Und es spricht nicht gerade für die Beliebtheit der oberen Zehntausend, daß sie sich nicht mehr ohne ihre Leibwache, ohne ihre Gorillas auf die Straße wagen. Das ist in der Bundesrepublik nicht anders als in Argentinien. Überall wo die Unterdrückung wächst, wächst auch der Widerstand.

Lassen wir uns von ihrer Terroristenhysterie nicht anstecken. Das ist ihr Bier. Uns, die werktätigen Menschen, hat noch kein Terrorist bedroht. Was natürlich nicht heißt, daß wir diese Anschläge, wie auf den Ponto, den Drenkmann usw. gutheißen. Zwar können wir die Wut, den Abscheu der zumeist intellektuellen Kämpfer gegen die Dekadenz, die völlige Verkommenheit der „besseren" Gesellschaft, der viele von ihnen selbst entstammen, völlig verstehen, doch es bringt nichts. Individueller Terror, das heißt, die Durchführung von Anschlägen ohne Verbindung zum revolutionären Kampf der Massen, führt zur Desorganisation der planmäßigen revolutionären Arbeit unter den Massen.

### Der Terror wächst

Und zwar der staatliche, der mit dem sogenannten Terrorismus begründete Terror gegen das Volk. Noch nie sind die Ausgaben für den staatlichen Unterdrückungsapparat wie Justiz, Polizei, Verfassungsschutz, Geheimdienste usw. so sprunghaft gestiegen, wie in den letzten Jahren. Sie haben sich gegenüber 1967 praktisch verzehnfacht.

Noch nie saß den sogenannten „Ordnungshütern" der Colt so locker wie heute. Bekanntlich beträgt die Zahl der von den „Bullen" abgeschossenen Bundesbürgern ein Vielfaches der im Dienst getöteten Polizisten. Und man komme ja nicht auf die Idee, bei der nächsten Verkehrskontrolle zu hastig zur Brieftasche oder ins Handschuhfach zu greifen. Es könnte einem gehen, wie dem Landwirt H. Schlaudraff aus Leun im hessischen Lahn-Dill-Kreis, den ein „Freund und Helfer" bei einer Kontrolle ohne Anruf und Warnung mittels einer gezielten Salve aus einem Meter Entfernung ins Jenseits schickte.

Man vermeide auch tunlichst bei Familien-Auseinandersetzungen die Polizei zu rufen, sonst ergeht es einem wie dem Bochumer Arbeiter Rudolf Pollaczek, den die Polizei mit einem Kopfschuß so gründlich „beruhigte", daß er nicht wieder erwachte, oder dem Gustav Schlichting, den ein anderer Beamter mit seiner Walther 7,65 wie auf dem Schießstand erledigte.

### Brutaler Mord

könnte man dazu sagen. Aber das darf man nicht. Brutal ermordet wird nur ein Richter, ein Oberstaatsanwalt, ein Bankdirektor von „Terroristen". Ein Bauer, ein Arbeiter, ein Angestellter wird lediglich in putativer (vermeintlicher) Notwehr von Polizisten erschossen. Schuld ist er natürlich selbst, was sieht er auch aus wie ein Terrorist, der entweder einen Bart trägt oder keinen, der entweder kurze Haare hat oder lange.

Richtet sich der staatliche Terror, Berufsverbote, politische Entlassungen, Verfolgungen, Gefängnis, Mißhandlungen bis hin zum Totschlag, heute noch vorwiegend gegen Kommunisten, Demonstranten und fortschrittliche Bürger, so wird er morgen schon jeden treffen. Die rund drei Millionen Adressen, die heute schon als Verdächtige eingestuft, in der Kölner Datenbank des Amtes für Verfassungsschutz lagern, sprechen eine deutliche Sprache. Drei Millionen — schließt man die Juden aus, so sind das mehr, als die Nazis in ihre Konzentrationslager sperrten.

Es ist klar. Die Krise verschärft sich. Die Unterdrückten und Ausgebeuteten werden sich zu wehren beginnen. Sei es durch Streik, Demonstrationen und andere Aktionen. Dann sind sie für die Herrschenden die Terroristen. Schon heute verhöhnt man die Millionen Arbeitslosen als faul und arbeitsscheu. Morgen wird man sie, jeden Streikenden, jeden Demonstranten, jeden sich wehrenden als Terroristen bezeichnen und jagen. **Jeden, der wir nicht in einem Deutschland leben will, in dem Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Ausbeutung und Unterdrückung herrschen; indem die Kriminalität von Tag zu Tag steigt, Rauschgiftsucht und Alkoholismus um sich greifen; sondern ein Deutschland will, das nicht geteilt, nicht von fremden Truppen besetzt ist, in dem weder die Herren aus Moskau und ihre Ostberliner Marionetten, noch die Herren aus Washington und ihre Bonner Komplizen herrschen, sondern ein Deutschland, in dem die deutsche Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen Werktätigen die Macht ausübt.**

**Ein solches Deutschland aber wird uns nicht geschenkt, das müssen wir uns erkämpfen!**

# *Offen gesagt*... Terroristen

Eine alte Frau in Essen ist mit ihren Nerven am Ende. Sie hat Angst. Seit Tagen versucht man sie fertigzumachen. Zuerst waren es Anrufe in ihrem kleinen Zeitungsladen: Jemand meldete sich als Beamter der politischen Polizei und wollte wissen, ob sie es denn auch wirklich richtig finde, daß sie das angrenzende Ladenlokal an die KPD/ML vermietet habe. Dann meldete sich jemand als Beamter des Verfassungsschutzes und kündigte seinen Besuch an. Dann erschienen drei bis vier Typen in ihrem Laden und drohten der alten Frau, ob sie es denn mit ihrem katholischen Glauben vereinbaren könne, daß sie an die KPD/ML vermiete; ihr gehörten die Scheiben eingeschlagen, sie verdiene eine Kugel durch den Kopf. In ihrer Angst bat die alte Frau ihre Mieter, mit denen sie sich gut verstand, weshalb sie diesen grenzenlosen Haß gegen die Kommunisten gar nicht begreifen konnte, das Schild „Roter Morgen" abzunehmen, was auch geschah.

Geht es noch erbärmlicher? Noch skrupelloser? Egal, wer hinter den Telefonanrufen und den Drohungen im Laden steckt — die Polizei, die Faschisten der D„K"P oder der NPD oder wer sonst. Fest steht, wer die Verantwortung dafür trägt. Denn der Terror gegen diese alte Frau begann, als über Presse, Rundfunk und Fernsehen systematisch in der gesamten Bundesrepublik und Westberlin die gezielte Provokation verbreitet wurde, eine „Befreiungsbewegung Roter Morgen" habe sich für die Schüsse auf den Finanzkapitalisten Ponto verantwortlich erklärt. Deshalb machte dieser Fall von Terror gegen eine alte Frau auch in keiner Zeitung Schlagzeilen, regte er keinen Politiker auf. Er wurde vielmehr totgeschwiegen.

Nicht nur in Essen, sondern auch anderswo wurde die gezielte Provokation der Bourgeoisie so verstanden, wie sie gemeint war. In Wiesbaden wurde „Mörderhaus" und „rote Sau" an die Wohnung eines bekannten Genossen der KPD/ML geschmiert. In Dortmund wurde die Schaufensterscheibe des zentralen Büros der Roten Hilfe Deutschlands zerstört. Die herbeigerufene Polizei zuckte die Achseln. Terror gegen Revolutionäre löst keine Ermittlungen aus, erscheint nicht in der Presse. Wie heißt es doch immer wieder in Bonn? „Der Rechtsstaat muß die Zähne zeigen!" Solche und ähnliche faschistische Parolen sind Wasser auf die Mühlen aller möglichen faschistischen Kräfte, die mit solch staatlicher Rückendeckung immer mehr mit offenem Terror gegen Kommunisten und gegen einfache Werktätige vorgehen. Fühlen sie sich doch eins mit den „Staatshütern", den Polizisten, die mit Knüppel und Pistole immer häufiger die Werktätigen terrorisieren.

Was soll man tun? Sollen wir den Werktätigen sagen, sie sollen die Hände im Schoß falten, nur weil der Aufruf, den faschistischen Terror mit revolutionärer Gewalt zu beantworten, nach dem Strafgesetzbuch als Verbrechen bestraft wird? Mao Tsetung sagt, wo Unterdrückung ist, da ist auch Widerstand. Dieser kapitalistische Ausbeuter- und Unterdrückerstaat hat nichts anderes verdient, als von der Arbeiterklasse und den anderen Werktätigen in der sozialistischen Revolution zerschlagen zu werden, und deshalb wird er auch mit Sicherheit eines Tages so enden und der Weg frei werden für die Errichtung eines vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland, in dem die Werktätigen ohne Ausbeutung und Unterdrückung, in Freiheit und Glück leben werden.




**Herausgeber: ZK der KPD/ML**

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 463. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

## DDR-Landwirtschaft

# Rückgang der Fleischproduktion

**Seit Bestehen der DDR ist bei der Getreide- und Tierfütterproduktion der Landwirtschaft im letzten Jahr der größte Rückgang zu verzeichnen. Die revisionistische SED-Führung war deshalb gezwungen verstärkt Getreideimporte aus der UdSSR und aus den USA zu tätigen. Trotz dieser Importe konnte der Bedarf an Tierfutter aber offensichtlich nicht gedeckt werden. Die Fleischproduktion ging weiter zurück. Wie die DDR-Zeitschrift „Statistische Praxis" kürzlich meldete, sank im Frühjahr 1977 im Verhältnis zum Frühjahr 76 die Rindfleischproduktion um knapp 10%. Insgesamt sank das Aufkommen an Schlachtvieh um 5,8%. Die volkswirtschaftlich wichtige Milchproduktion ging ebenfalls um 6,3% zurück.**

Diese statistischen Daten stehen im eklatanten Widerspruch zu den Mitteilungen des statistischen Amtes der DDR im „Neuen Deutschland" vom 15. Juli 77, wo es heißt: „In der Landwirtschaft wurde der Plan des staatlichen Aufkommens bei allen Erzeugnissen der Tierproduktion übererfüllt." Offensichtlich gibt es in der DDR zwei Arten von Statistiken. Eine für die revisionistische Propaganda nach außen, für das Volk: Es sei in der DDR alles in Ordnung, und die Übererfüllung der Pläne in allen Bereichen der Volkswirtschaft sei eine Realität. Andererseits statistische Daten für die neue Bourgeoisie, die ja letzten Endes doch eine Übersicht über die tatsächlichen Verhältnisse in der Wirtschaft haben muß.

Die SED-Führer argumentieren heute so: Da letztes Jahr das trockene Wetter eine schlechte Ernte verursacht habe, wirkt sich dies heute auch auf die Tierproduktion aus. Also ist wieder einmal das Wetter Schuld am Rückgang der Fleisch- und Milchproduktion. Natürlich stimmt das nicht. Vielmehr trägt der revisionistisch-kapitalistische Kurs der SED die Schuld an der Misere in der Landwirtschaft. Ein Ausdruck dieser Politik ist die Vernachlässigung der Landwirtschaft gegenüber der Industrie. Aus der schon erwähnten statistischen Mitteilung im „Neuen Deutschland" ist ersichtlich, daß die neue Bourgeoisie in der Landwirtschaft kaum investiert. Laut dieser Mitteilung stiegen die Investitionen in der Volkswirtschaft im ersten Halbjahr um 8% und im Bereich der Industrieministerien sogar um 12%. Für die Landwirtschaft werden keine Daten genannt, man kann jedoch ausrechnen, daß diese Daten unter 8% liegen.



Die neue Bourgeoisie investiert nur dort, wo sie Profite erwarten kann. Wenn zum Beispiel eine landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (LPG) einen Bankkredit aufnehmen will, dann werden die wirtschaftlichen Verhältnisse der LPG durch die Bank genau geprüft. Die Bank gibt nur dann Kredit, wenn sie sicher ist, daß der Kredit samt Zinsen sicher und schnell zurückgezahlt wird. Es ist offensichtlich, daß die Bedingungen der Banken meistens nur von großen, sogenannten Muster-LPGs, erfüllt werden können und daß die Banken die Kreditanträge von schwächeren LPGs ablehnen.

Oberstes Prinzip der neuen Bourgeoisie bei der landwirtschaftlichen Produktion ist das Streben nach Gewinn. Die neuen Statuten für die LPG-Tierproduktion, die in Kürze durch die Volkskammer verabschiedet werden sollen, festigen diese revisionistisch-kapitalistischen Verhältnisse in der Landwirtschaft noch mehr. Das Streben der neuen Bourgeoisie nach Gewinn bedeutet gleichzeitig, daß die Ausbeutung der Landarbeiter und Bauern immer mehr zunimmt. Die neuen Statuten schreiben es ausdrücklich vor, daß die Investitionen in den LPGs immer mit Rationalisierung verbunden sein müssen. Außerdem soll es Ziel der LPGs sein, durch die Erhöhung der Arbeitsproduktivität immer größere Leistungen zu erbringen. Wenn auch wie gewohnt, die SED-Schreiberlinge die neuen Statuten der LPGs als „sozialistisch" in den Himmel loben und immer wieder über angebliche Planübererfüllungen in der Landwirtschaft schreiben — die Landarbeiter und Bauern sehen die tatsächliche Lage der Landwirtschaft. Die Krise in der Landwirtschaft verstärkt die Unsicherheit ihrer Existenz und die vielen zwangsverordneten Wettbewerbe, der Rationalisierungsterror etc. verstärken tagtäglich ihre Ausbeutung. Diese Verhältnisse in den Landwirtschaften werden von immer weniger Bauern und Landarbeitern als „sozialistisch" empfunden und angesehen. Bei ihnen wächst die Empörung gegen die kapitalistische Ausbeutung auf dem Land.

## Indirekte Preiserhöhungen in der DDR

# Statt Bohnenkaffee Kaffee-Ersatz

**Bekanntlich brüstet sich die DDR-Führung gerne damit, daß es in ihrem angeblichen „Arbeiter- und Bauernstaat" keine Preiserhöhungen gibt. Abgesehen davon, daß es auch in der DDR offene Preiserhöhungen gibt — erst kürzlich wurde bekanntgegeben, daß ab Januar 1978 die Preise für Industrieartikel steigen werden — zeigt eine neue „Sparverordnung" des DDR-Ministerrats, auf welche Weise die DDR-Führung die Preise stabil hält.**

Um nämlich die Verbraucherpreise „stabil zu halten", wie es heißt, wird künftig in den Gaststätten der unteren Preiskategorie in der DDR kein Bohnenkaffee mehr ausgeschenkt, sondern stattdessen eine Mischung aus Bohnenkaffee und Kaffee-Ersatz. Der Preis bleibt selbstverständlich stabil! Diese Methode, die Preise zu erhöhen, ist typisch für die Bourgeoisie in der DDR, die auf diese Weise, durch versteckte Preiserhöhungen, versucht, die wachsende Teuerung vor den Werktätigen zu verschleiern, die ein typischer Ausdruck der kapitalistischen Verhältnisse ist, wie sie in der DDR herrschen.

Um zu vertuschen, daß die neue Bourgeoisie der DDR nicht anders als die anderen Ausbeuterklassen auch, die Lasten der Krise auf die Werktätigen abwälzt, wird in der „Sparverordnung" groß herausgestrichen, daß sich auch die Betriebsleiter einschränken sollen.

Zwar geht selbst die Demagogie der DDR-Bonzen nicht so weit, den „Genossen Betriebsleitern" ebenfalls Kaffee-Ersatz vorzuschreiben, aber sie sollen — laut Sparverordnung — ihren Bohnenkaffeeverbrauch sowie den Verbrauch von Orangen- und Grapefruitsäften künftig bei Dienstbesprechungen einschränken.

Abgesehen davon, daß die DDR-Bonzen sich ihre Dienstbesprechungen sowieso nicht hauptsächlich mit Fruchtsäften versüßen, wird diese Empfehlung natürlich keinerlei Auswirkungen haben. Sie ist reine Demagogie, die bezweckt, die tiefe Kluft, die zwischen der neuen Bourgeoisie, die die Werktätigen ausbeutet und ausplündert, und den Werktätigen, die mit ihrer Arbeit den Reichtum der Bonzen schafft, zu verschleiern. Eine Kluft, die unüberbrückbar ist und sich mit der auch in der DDR immer schärfer werdenden Krise noch weiter vertiefen wird.

Die Arbeiter und ihre Ausbeuter sitzen in der DDR genauso wenig in einem Boot wie in Westdeutschland. Für die Arbeiterklasse im Westen wie im Osten gibt es nur einen Weg, ihre Interessen zu verteidigen, den revolutionären Klassenkampf gegen die Ausbeuterklasse und ihren Staat.

# Drastische Preiserhöhungen in der CSSR

**In der CSSR wurden jetzt die Preise für einige Grundnahrungsmittel drastisch erhöht. So steigt der Kaffeepreis um 50%, Schokolade- und Schokoladenwaren werden um 33% teurer. Außerdem wurden auch die Preise für Woll- und Baumwollerzeugnisse um 34% erhöht. Auf diese Weise versucht das reaktionäre Regime in der CSSR die Lasten der Krise noch stärker als bisher auf die Werktätigen abzuwälzen.**

Die Revisionisten sind bemüht, die wachsende Teuerung, die ein deutliches Merkmal ihrer kapitalistischen Ausbeuterherrschaft ist, auf jede nur mögliche Weise vor den Werktätigen zu beschönigen und zu verschleiern. Das geschieht einmal mit der Methode der versteckten Preiserhöhung, bei der eine Ware mit neuer Verpackung zu einem erheblich höheren Preis verkauft wird. Werden aber offen die Preise erhöht, so wie jetzt in der CSSR, dann werden diese Preiserhöhungen durch verschiedene Taschenspielertricks heruntergespielt.

Ein beliebtes Mittel der Revisionisten ist es dabei, parallel zu den Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel einige Preissenkungen für andere Artikel zu verordnen, um so den Anschein zu erwecken, insgesamt werde das Leben für die Werktätigen nicht teurer. So wurden diesmal die Preise für Kühlschränke, Farbfernseher und Taschenrechner gesenkt. Unverfroren versucht das revisionistische Parteiorgan „Rude Pravo" unter Berufung auf diese Tatsache, den Werktätigen weiszumachen, daß die „Preisveranderungen" in ihrem ureigensten Interesse seien, weil sie der „Aufrechterhaltung des Preisniveaus" dienten. Natürlich ist diese Argumentation nichts als reiner Hohn. Was nützt es schließlich den Werktätigen, die sich keinen Kaffee mehr leisten können, wenn die Taschenrechner um 40% billiger werden. Tatsache ist, daß das Leben für die Werktätigen in der Tschechoslowakei immer teurer wird, Tatsache ist, daß die Bourgeoisie in der CSSR nicht danach strebt, das Preisniveau für die Werktätigen stabil zu halten, sondern ihre Profite in der Krise zu stabilisieren oder zu erhöhen. Daran, daß die Werktätigen diese Tatsache erkennen, können die Revisionisten auch mit noch so viel Demagogie und Tricks auf die Dauer nichts ändern. Denn das tägliche Leben selbst straft ihre Sprüche Lügen.

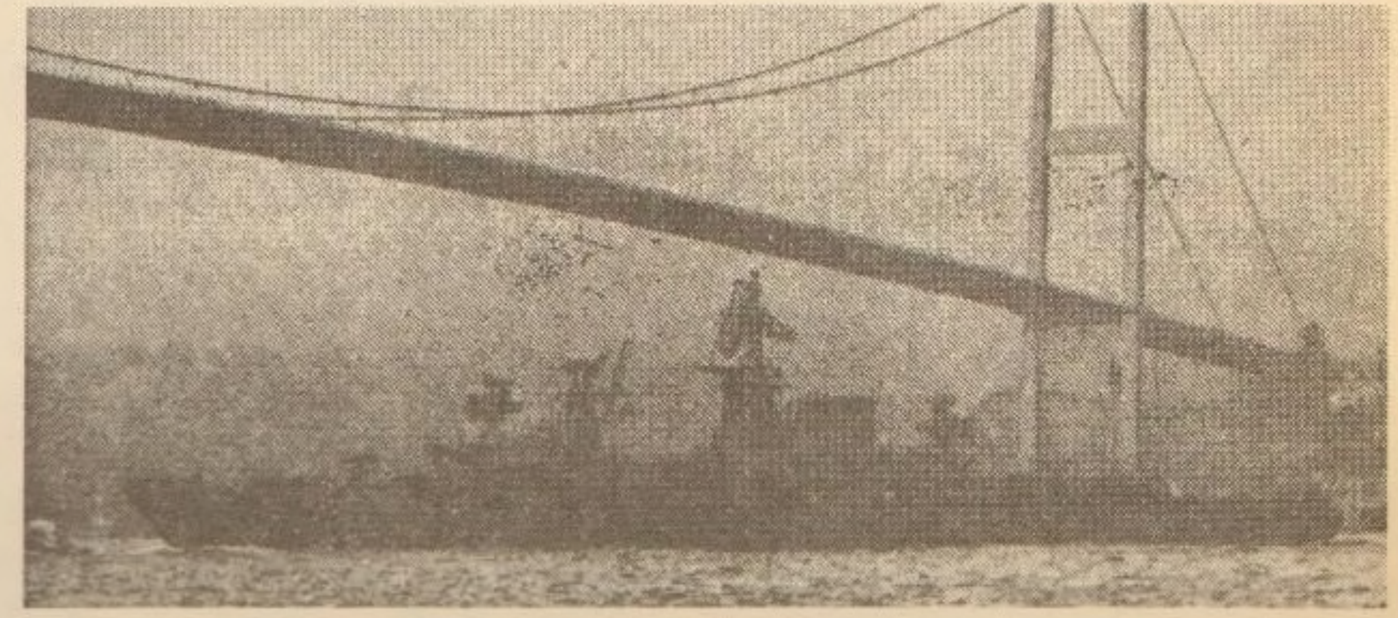
# Sowjetische Kriegsflotte auf allen Meeren

**Die Beherrschung der Meere war stets ein wichtiger Bestandteil der Strategie der imperialistischen Mächte um Weltherrschaft. Aus der Geschichte sind die anmaßenden Bestrebungen der einstigen russischen Zaren bekannt, Hegemonie über die Meere zu gewinnen. Zar Nikolaj sagte, Rußland benötige unbedingt einen Hafen, der über das ganze Jahr hinweg eisfrei sei. Die freche Anmaßung des russischen Zarentums, das versuchte, über das Meer neue Territorien zu gewinnen und zur Seemacht zu werden, war ebenso wie beim britischen Imperialismus jener Zeit mit der imperialistischen Politik der Besetzung und des Raubes der natürlichen Reichtümer anderer Völker und Länder verbunden.**

**Heute verfolgen die neuen Zaren im Kreml in Rivalität mit dem amerikanischen Imperialismus um die Beherrschung der Meere und Ozeane, dieselben anmaßenden Ziele. Dabei betrachten sie die Militärflotte als ein wirksames Mittel, um ihre Präsenz auf den Meeren zu gewährleisten, entsprechend den Erfordernissen ihrer imperialistischen und expansionistischen Interessen.**

So erklärte Admiral Gorschkow in seinem Buch „Die Seemacht des Staates": „Wir befinden uns in einer neuen Phase des Kampfes um die Aufteilung der Meere und Ozeane im Dienst der wirtschaftlichen und militärischen Ziele." Und daher verkörpert seiner Meinung nach die sowjetische aggressive Flotte die realen Möglichkeiten des Staates, um die Ozeane der Welt im Interesse der Sowjetunion zu nutzen. Durch die Verflotte. Dieser Trick verfängt jedoch nicht mehr.

Verteidigt etwa die sowjetische Kriegsflotte bei den Mauritius-Inseln die Interessen der Völker gegen den Imperialismus? Kämpfen etwa die sowjetischen Sozialimperialisten im Indischen Ozean für die Interessen der Völker dieses Raumes und gegen den amerikanischen und britischen Imperialismus? Die Sowjetunion führt heute einen brutalen Kampf um strategische Positionen im Nahen Osten und dafür braucht sie das Mittelmeer. Im Hinblick auf Zentral- und Südafrika braucht sie den Arabischen Golf und das Rote Meer. Sie mischt sich in die Angelegenheiten Asiens ein, und dafür benötigt sie in heftiger Rivalität mit dem USA-Imperialismus und den übrigen imperialistischen Mächten den Indischen Ozean, die Mauritius-Inseln usw. Die Sowjetunion übt Druck auf Europa aus, und daher versucht sie ihre Vorherrschaft auf den Meeren auch auf die Nordsee auszudehnen.



Russischer Lenkwaffen-Kreuzer passiert den Bosporus Richtung Mittelmeer

wirklichung dieser ihrer überheblichen Ansprüche haben die sowjetischen Sozialimperialisten in heftiger Rivalität mit dem amerikanischen Imperialismus kollossale finanzielle Mittel bereitgestellt. Sie machen etwa 30% des Rüstungsetats aus, der sich bekanntlich jährlich auf 120 Mrd. Dollar beläuft.

In den letzten zehn Jahren wurde die aggressive sowjetische Flotte erheblich verstärkt und erreichte die Ausmaße der berüchtigten amerikanischen Kriegsflotte. Die imperialistische Sowjetunion verfügt derzeit über 700 Kriegsschiffe verschiedener Größe, die auch mit Atomwaffen bestückt sind. Heute gibt es kein Meer und keinen Ozean, auf denen nicht die Schiffe der Kriegsflotte der sowjetischen Sozialimperialisten gleich Ungeheuern aufkreuzen. Auf dem Mittelmeer, auf dem Indischen Ozean und im Pazifik, auf dem Roten Meer und im Persischen Golf. In letzter Zeit tauchten diese Schiffe auch in der Nordsee auf, um auch dort ihre Herrschaft zu errichten.

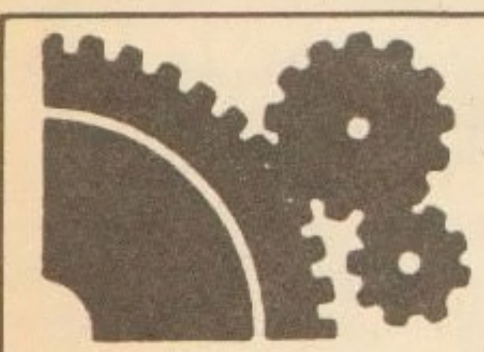
Die Absicht, die mit den ausgedehnten Streifzügen dieser Schiffe verfolgt wird, ist es, die Kontrolle über die strategischen Seestraßen zu gewinnen, sich das Landerecht in den Häfen und Erleichterungen dabei zu sichern, um in Zukunft Stützpunkte errichten zu können, die sich in Aufmarschgebiete für Aggressionen verwandeln lassen. Häufig und zur Ausnutzung von Krisensituationen wie etwa im Nahen Osten tauchen sowjetische Kriegsschiffe auf, angeblich zur „Hilfe". Dann „vergessen" sie es einfach, dieses Gebiet wieder zu verlassen und halten sich weiter dort auf, gemäß der hegemonistischen Strategie und Politik Moskaus in den verschiedenen Regionen der Welt. In Moskau versucht man diesen offenkundigen frechen Anspruch erfolgreich durch verschiedene Mittel zu tarnen. Man behauptet, die sowjetische Kriegsflotte halte sich in diesen Zonen als Freund auf, angeblich, um die Freiheit anderer Länder und Völker vor dem Imperialismus zu beschützen. Eine solche Behauptung gab dieser Tage wieder einmal Admiral Gorschkow von sich aus Anlaß des Tages der sowjetischen Militär-

Der stellvertretende Kommandeur der sowjetischen Militärflotte erklärte in der Zeitschrift „Sowjetische Aktualität": „Die sowjetischen Kriegsschiffe befinden sich jetzt auf allen Ozeanen der Welt, und diese Strategie entspricht einem bestimmten Ziel." Es ist klar, daß diese arrogante Drohung mit Intervention und Aggression, wie sie die faschistischen sowjetischen Marschälle und Admirale ausstoßen, bestimmten Zielen dient, die im Einklang mit der hegemonistischen Strategie und Politik Moskaus in den verschiedenen Regionen der Welt stehen. Es handelt sich nicht bloß um Erklärungen aus Anlaß irgendeines Jahrestags. Die militärische Drohung bleibt nicht dabei stehen. Sie ist Beweis der aggressiven Natur und der gefährlichen Raubziele des sowjetischen Sozialimperialismus.

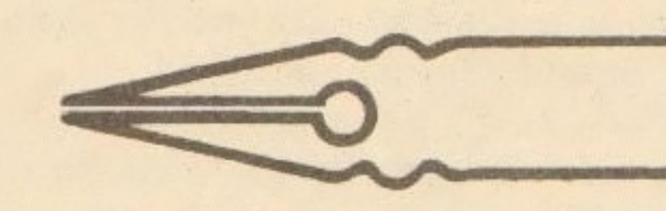
So können sich die Völker täglich mehr davon überzeugen, daß die sowjetischen Militärflotten keineswegs unter dem Banner der Freundschaft fahren, sondern unter dem der anmaßenden hegemonistischen Bestrebungen des sowjetischen Sozialimperialismus als einem Feind der Freiheit. Und daher wird diese Kriegsflotte von den freiheitsliebenden Völkern und souveränen Ländern gehaßt. Die Verjagung der sowjetischen Militärflotte aus Ägypten und aus einigen anderen Ländern, die zahlreichen Proteste gegen ihre Präsenz in verschiedenen Häfen und anderes sind Ausdruck des Hasses der Völker auf die hegemonistische und expansionistische Politik des Kreml.

(Eine Sendung von Radio Tirana).

# AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



## Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

## Arbeitsamt zwingt Kranken zu Schwerarbeit

Liebe Genossen!

Heute traf ich einen ehemaligen Arbeitskollegen wieder, der mir folgendes erzählte:

Wegen häufiger Rückenschmerzen, die sich zu einem chronischen Leiden entwickelten, hatte er seine Arbeit auf dem Bau aufgeben müssen.

Als Lagerarbeiter sollte er schwere Säcke heben. Wegen seines Rückens lehnte er dies ab und wurde prompt entlassen.

Er fand dann eine andere Stelle, wo er ebenso schwere Arbeit machen mußte. Um nicht erneut entlassen zu werden, hat er nachgegeben. Bald wurde er krank. Das alte Rückenleiden trat wieder auf. Nach drei Wochen Krankheit wurde er entlassen.

Beim Arbeitsamt ist sein Leiden genau bekannt. Trotzdem schickt man ihn zu Stellen, wo schwere körperliche und Akkordarbeit verlangt wird. Der Arbeitsvermittler hat den Kollegen mehrfach aufgefordert, seine Krankheit zu verschweigen. Das würde aber bedeuten, bei nächster Gelegenheit sofort wieder rauszufliegen oder aber sich so kaputtzumalochen, daß er Invalide wird.

Der Kollege wehrte sich bis jetzt ohne Erfolg. Als neuestes hat man ihn einer „Arbeitsbeschaffungsmaßnahme" zugewiesen. Dort muß er Bäume fällen, Bürgersteige setzen und andere schwere Straßenbauarbeiten verrichten. Und das mit einem kranken Rückgrat!

Ich habe dem Kollegen von unseren Urlaubserfahrungen in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien berichtet. Er konnte es kaum glauben, daß es ein Land gibt, in dem die Arbeiter nicht ausgebeutet werden, sondern die Macht im Staat haben. Darum habe ich ihn zu unserer Veranstaltung über Albanien eingeladen.

Rot Front!
Ein Genosse aus Iserlohn

## Stärkung der Solidarität

Unsere Abteilung hat neulich einen neuen Frühstücksraum erhalten, zugleich wurden wir angewiesen, die Tische ja nicht zu verstellen. Warum? Alle Tische standen für sich im Raum, so daß die Kollegen sich zwangsläufig in verschiedene Grüppchen aufteilen mußten, bis es schließlich einen jugoslawischen, einen türkischen und einen deutschen Tisch gab.

Aber eines Tages erkannten wir, daß ein Schritt zum festeren Zusammenhalten das Zusammenrücken der Tische wäre. Einige Kollegen hatten erst Angst, „weil's doch verboten ist", waren aber begeistert, als wir dann an einem großen Tisch zusammensitzen konnten, weil sie sahen, daß bei Gesprächsthemen, die alle Kollegen angehen, auch alle Kollegen besser zuhören und mitreden können.

Als die Vorarbeiterin hereinkam, schaute sie erst sehr verdutzt auf uns, schließlich aber sagte sie: „Oh, wie nett, das habt ihr aber hübsch gemacht!" weil sie erkannte, daß sie auf Widerstand stoßen würde, wenn sie das Verbot durchsetzen wollte.

Rot Front! Ein Genosse aus Berlin

## Überstunden nicht bezahlt

Liebe Genossen!

Ich arbeite in einem Textilbetrieb, in dem jetzt, wie in jedem Jahr, kurz vor Urlaubsbeginn Überstunden gemacht werden müssen, um noch alle Aufträge erledigen zu können, denn sonst verlöre der Kapitalist ja seine Kunden.

Die große Sauerei dabei ist, daß Kollegen, die keine volle Schicht arbeiten, sondern nur sechs Stunden, die Überstunden nicht extra bezahlt bekommen. Auf eine Beschwerde wurde nur geantwortet, es sei schließlich ein Entgegenkommen der Firma, diese Leute überhaupt zu beschäftigen!

Und das, obwohl die Kapitalisten damals sehr verlegen um jede Arbeitskraft waren, gleichgültig, wieviele Stunden diese arbeiten konnten. Nun aber, da das Arbeitslosenheer immer mehr anwächst, wird den Kollegen aus ihrer privaten Lage ein Strick gedreht. Zusätzlich zu den Überstunden kommt noch eine ungeheure Arbeitshetze. Immer mehr muß geschafft werden. Inzwischen geht schon fast doppelt soviel Ware raus, wie noch vor wenigen Wochen, und das Arbeitstempo wird immer noch gesteigert.

Hieran sieht man mal wieder, wie für die Profitgier der Kapitalisten die Arbeiter ihre Knochen hinhalten müssen!

Rotfront!
Eine Genossin aus Emsdetten

## „Unglück ungeklärt"

Liebe Genossen!

Im Munitionsbetrieb bei Dannenberg im DDR-Grenzbezirk gibt es immer nur „völlig rätselhafte Unglücksfälle". Der Direktor zuckt mit den Achseln: „Blitzschlag war es auch nicht." Erst vor kurzem — am 11. 3. — passierte das letzte Unglück: Zwei Munitionsarbeiter wurden durch eine fürchterliche Explosion in Stücke zerrissen — „Unglück ungeklärt".

Auch diesmal ist das Unglück wieder „ungeklärt":

Ein drei Meter hoher Stapel mit Holzkisten ging am Sonntag mitten in der Munitionsfabrik in Flammen und Rauch auf. An die brennenden 5.000 Nebelkörper der Bundeswehr kamen trotz Atemschutzmasken die Feuerwehrleute nicht heran, überall befinden sich scharfe Munition, Treibsätze und Sprengladungen, die hier wegen überschrittenem Verfallsdatum lagern und wiederaufbereitet werden! Damit nicht genug:

Beim Brand wurden große Mengen Zinkchloridgase frei, die in schmutziggrauen Rauchschwaden durch den Wald in Richtung Bundesstraße 216 zogen. Zinkchloridgase sind giftig. Wie wurde die umliegende Bevölkerung (es gibt kleine Marktflecken) geschützt? Hierzu liest man in der „Lüneburger Zeitung" nur: „Funkstreifenwagen und ein Lautsprecherfahrzeug durchkämmten das betroffene Gebiet und warnten die Pilz- und Beerensammler." Das ist eine Frechheit. Weiter ist nichts geschehen! Aber wie es in den Wald hineinschallt, wird es durch die Bevölkerung auch garantiert wieder hinausschallen! Dann wird die Rechnung dem „fürsorglichen Staat" präsentiert.

Die Munitions-Verwertungsanlage liegt versteckt in einem hügeligen Waldstück, ist hermetisch abgeriegelt und wird streng bewacht. Nichts dringt hier nach außen außer den unüberhörbaren und unübersehbaren Unglücksfällen. Die sind jedoch so zahlreich, daß man nicht viel Phantasie braucht, um sich vorzustellen, wie in dem so gefährlichen Betrieb der Schutz der Arbeiter vernachlässigt wird.

Rotfront!
Ein Genosse aus Lüneburg

### Drohung mit Gefängnisstrafen

## Politische Unterdrückung in Bundesbahnbetrieben

**In seiner neuesten Ausgabe berichtet „Der rote Bahnräumer" (Betriebszeitung der KPD/ML für das Bundesausbesserungswerk Bremen) über einen schmutzigen und reaktionären Angriff der Bundesbahnbosse, der der Einschüchterung und politischen Unterdrückung der Belegschaft dient.**

Die Kollegen wurden jetzt dazu erpreßt, sich durch ihre Unterschrift „besonders für den Öffentlichen Dienst zu verpflichten" (gemäß § 103 StGB). Die Konsequenz daraus ist, daß die Kollegen künftig in verstärktem Maße mit Geld- und Gefängnisstrafen verfolgt werden können, wenn sie sich gegen Angriffe der Bundesbahnbosse, gegen Rationalisierungsterror, Versetzungen, verschärfte Arbeitshetze usw. zur Wehr setzen.

Bezeichnend ist, daß die Kollegen darüber, was die „Verpflichtung" praktisch bedeutet, nicht aufgeklärt wurden.

Was bedeutet die „Verpflichtung" nun in der Praxis? Da ist zum ersten die Möglichkeit, daß man als „Verpflichteter" eine Geldstrafe oder eine Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr bekommen kann, wenn man „ein Betriebsgeheimnis offenbart" das einem „anvertraut oder sonst bekanntgeworden ist" (§ 103 StGB). Beispielsweise werden im Ausbesserungswerk Bremen Sauerstoffmasken nicht mit reiner Atemluft, sondern mit „gereinigter" Preßluft versorgt. Das ist eine gesundheitsschädliche Praktik. Prangert ein Kollege dies auf der Personalversammlung an, kann es ihm passieren, daß er wegen „Offenbarung eines Betriebsgeheimnisses" angeklagt und verurteilt wird.

Wenn man nun ein solches Geheimnis auch noch „verwertet", d. h., wenn man beispielsweise den „Roten Bahnräumer" oder den „Roten Morgen" darüber informiert, um die Bosse unter Druck zu setzen und sie dadurch zu einer Verbesserung zu zwingen, dann drohen einem sogar bis zu zwei Jahren Gefängnis. Das gleiche gilt natürlich auch für Informationen über geplante Rationalisierungsmaßnahmen, Versetzungen, Entlassungen usw.

Schon ohne daß ein Arbeiter oder Angestellter ein „Verpflichteter" ist, kann er mit Gefängnis bis zu 3 Jahren bestraft werden, wenn er z. B. Äußerungen eines Betriebsratsmitglieds, eines Gewerkschaftsbonzen oder auch eines Vorgesetzten auf Tonband aufnimmt und sie „einem Dritten zugänglich macht", etwa weil er einen Verrat an den Kollegen oder einen geplanten Angriff auf die Belegschaft beweisen und entlarven will. Das ist nämlich dann eine „Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes" (§ 201 StGB). Als „Verpflichteter" jedoch kann man für dieses Delikt sogar mit bis zu 5 Jahren bestraft werden.

Daß die Bundesbahnbosse jetzt die Belegschaften dazu erpressen, sich zu „besonders Verpflichteten" machen zu lassen, zeigt, welche Angst sie vor dem wachsenden Widerstand der Kollegen haben und daß sie die Absicht haben, diesen Widerstand mit brutalen Unterdrückungsmaßnahmen zu beantworten. Sie haben auch Grund dazu: Über 100.000 Arbeitsplätze wollen sie in den kommenden Jahren bei der Bundesbahn vernichten. Rücksichtslos wird die Arbeitshetze verschärft. Die anhaltende Wirtschaftskrise, die wachsende Arbeitslosigkeit rüttelt die werktätigen Massen zum Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung auf. Davor fürchten sich die Bosse und Bonzen.

Gerade die Eisenbahn ist ein Instrument, das die Bourgeoisie bei der Verschärfung der Klassenkämpfe unbedingt unter ihrer Kontrolle halten will. Als wichtiges Transportmittel ist sie auch militärisch von großer Bedeutung. Das gilt sowohl im Falle eines Krieges gegen einen äußeren Feind, als auch im Falle revolutionärer Aufstände der werktätigen Massen gegen die Herrschaft der Bourgeoisie im Inneren, also im Falle eines Bürgerkriegs. Deshalb schrieb „Der rote Bahnräumer" am Schluß seines Artikels: **„Kollegen, seid Euch Eurer Macht bewußt! Kommt es bei der Bahn in Zukunft zu einem Streik, so bedeutet dies einen schweren Schlag gegen die Bourgeoisie. Laßt Euch nicht durch Drohungen, Gesetze etc. einschüchtern. Wendet Euch an den „Roten Bahnräumer", setzt Euch mit den Genossen im Betrieb in Verbindung."**

### Arbeitslosenheer weiter angewachsen

## Augenwischerei der bürgerlichen Presse

**Im Juli ist die Zahl der amtlich registrierten Arbeitslosen wieder angestiegen, und zwar um 41.650 oder um 4,3%. Mit 972.000 liegt sie jetzt wieder fast bei einer Million. Gegenüber dem Juli vergangenen Jahres ist diese Zahl um 0,2% höher. Bei all dem ist zu berücksichtigen, daß die wirkliche Zahl der Arbeitslosen noch viel höher ist, denn Hunderttausende Arbeitslose werden von der Bonner Statistik einfach ignoriert. Sie haben nach den geltenden Gesetzen keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld, sei es, weil sie direkt von der Schule weg arbeitslos wurden oder weil sie schon zu lange arbeitslos sind oder sei es aus anderen Gründen.**

Die bürgerlichen Massenmedien versuchen die Misere mit dummen Tricks zu beschönigen. So meldeten sie groß, wenigstens sei ja die Zahl der Kurzarbeiter zurückgegangen. Betrachtet man die Sache genauer, stellt sich jedoch heraus, daß das reine Augenwischerei ist. Der sogenannte Rückgang erklärt sich nämlich nur daraus, daß im Juli viele Firmen Betriebsferien machten. In Wirklichkeit ist die Zahl der Kurzarbeiter jetzt mit über 200.000 mehr als doppelt so hoch als vor einem Jahr.

Wie die bürgerliche Presse schreibt, hat die Bundesanstalt für Arbeit folgende „Analyse" der Arbeitslosigkeit geleistet: „Für den hohen Stand der Arbeitslosigkeit ist vor allem die zu geringe Kräftenachfrage verantwortlich." Wirklich, eine tiefgehende „Analyse"! Genauso aufschlußreich wäre es, wenn man sagte: „Für das schlechte Wetter sind die niedrigen Temperaturen und die starken Regenfälle verantwortlich."

Natürlich hat die Kapitalistenklasse gar kein Interesse daran, die Ursachen der Arbeitslosigkeit und ihrer anhaltenden Verschärfung beim Namen zu nennen. Ganz im Gegenteil. Sie hat ein heftiges Interesse, dieselben zu verschleiern. Diese Ursachen liegen nämlich genau darin, daß die Kapitalistenklasse das werktätige Volk rücksichtslos ausplündert, daß nicht die Interessen der Werktätigen die Produktion bestimmen, sondern die Jagd der Monopole nach höchstmöglichem Profit. Wenn die breiten Massen sich darüber klar werden, wenn sie erkennen, daß Arbeitslosigkeit und wachsendes Elend zu dieser „freiheitlich demokratischen Grundordnung" gehören wie der Deckel zum Topf, dann wird die Situation für das Ausbeuterpack und für die Sachwalter der Kapitalistenklasse in Bonn bitter ernst. Dann werden sich Millionen zum revolutionären Kampf für den Sturz dieser Ausbeuterordnung erheben.

### Konkurs bei Terrot-Strickmaschinen

## Schamloser Betrug an der Belegschaft

**„Die Firma C. Terrot ist tot. Aber es wird weitergehen." Das sagte Zwangsverwalter Rechtsanwalt Maier auf der Betriebsversammlung. Hinter diesen Worten verbirgt sich ein übler Schachzug der Kapitalisten. Es geht ihnen darum, aus dem Konkurs herauszuholen, was herauszuholen ist, den Arbeitern und unteren Angestellten alle Lasten der Pleite aufzubürden, sie schamlos um ihre Ansprüche zu prellen und übers Ohr zu hauen.**

In den vergangenen acht Jahren verringerten die Terrot-Bosse die Belegschaft nach und nach von 900 auf 600 Beschäftigte. Rationalisierung und verschärfte Ausbeutung — angeblich diente das alles auch den Interessen der Arbeiter und kleinen Angestellten, „denn das Unternehmen muß konkurrenzfähig bleiben". Aber vor einigen Wochen ließ dann Terrot-Boß Dr. Ahlsdorff die Bombe platzen. 206 „liebe Mitarbeiter" erhielten den gefürchteten blauen Brief.

Jetzt platzte die zweite Bombe: Die Firma geht in Konkurs. Aber die Terrot-Kapitalisten wollen auch weiterhin Profite mit der Produktion von Strickmaschinen machen. Wie der Zwangsverwalter schon sagte: „Es wird weitergehen." Aber wie? Nun — es wird eine „Nachfolgefirma" gegründet: die Terrot Strickmaschinen GmbH. Sie wird allerdings nur noch 150 bis 200 Leute beschäftigen. Außer den bereits gekündigten 206 Kollegen sollen noch weitere 200 bis 250 Kollegen auf die Straße geworfen werden.

Durch das Manöver der „Neugründung" ist es den Kapitalisten möglich, die Belegschaft leichter übers Ohr zu hauen und die Kollegen, die lange Jahre für die Terrot-Kapitalisten geschuftet haben, um ihre sauer verdienten Ansprüche zu prellen. Der Witz bei der Sache ist nämlich der, daß der gesamten Belegschaft, allen 600 Beschäftigten, erst einmal gekündigt wird. Der größeren Teil will man dann, möglichst ohne Sozialplan, auf die Straße setzen. Diejenigen, die von der „neuen" Firma übernommen werden, sollen dann neue Arbeitsverträge erhalten. Man will sie dazu erpressen, starke Lohn- und Gehaltskürzungen hinzunehmen. Darüber hinaus sollen sie Einbußen beim 13. Monatsgehalt, bei den „vermögenswirksamen" Leistungen und bei der betrieblichen Alterssicherung akzeptieren. Und natürlich wollen die Kapitalisten aus den Knochen der drastisch reduzierten Belegschaft dann ein vergleichsweise enorm gesteigertes Produktionsergebnis herauspressen.

Der IGM-Apparat hat bei diesen schmutzigen Machenschaften voll mitgespielt. Darüber versucht IGM-Bezirkssekretär Gottschilch mit wortradikalen Sprüchen hinwegzutäuschen. Aber wenn Gottschilch auf der Belegschaftsversammlung sagte, die IGM hätte ja alles schon seit Monaten kommen sehen, nur hätte sie „keine Möglichkeit" gehabt einzugreifen, so zeigt das, daß sie im Interesse der Kapitalisten die Belegschaft schamlos hintergangen haben. Nun gibt der IGM-Apparat die Parole aus: „Jetzt muß es unser Schwerpunkt sein, für die verbleibenden Kollegen gute Arbeitsverträge auszuhandeln."

Was heißt das denn anderes, als daß der IGM-Apparat die Kollegen davon abhalten will, gegen das schmutzige Konkursmanöver und für die kompromißlose Verteidigung ihrer Arbeitsplätze zu kämpfen?

## Reportage aus "Neues Albanien"

# Ein neues Bergwerk in Albanien

**„Neues Albanien" veröffentlichte in Nr. 2/77 eine Reportage von Thoma Kërkeshi über ein neues Steinkohlenbergwerk in der Nähe von Tirana. Während bei uns die Kapitalisten den Bergmann rücksichtslos ausbeuten und um ihres Profits willen seine Gesundheit ruinieren, werden im sozialistischen Albanien keine Mühen und Kosten gescheut, um die Arbeitsbedingungen im Bergbau so angenehm wie möglich zu gestalten und die Gesundheit der Arbeiter zu schützen. Im folgenden haben wir die Reportage abgedruckt.**

Diese Reportage ist dem neuen Steinkohlenbergwerk von Valias, das in der Nähe von Tirana entsteht, gewidmet. Es ist eines der größten Kohlenbergwerke unseres Landes.

Wir begaben uns an einem Frühlingstag dorthin. Vor einigen Jahren noch lagen dort, wo heute das Bergwerk entsteht, mit Weizen und anderen Feldkulturen bestellte Äcker. Heute ist bereits ein Städtchen entstanden mit verschiedenen großen Gebäuden, einem sauberen Gelände und mit Grünanlagen in der Umgebung.

Die Kohlevorkommen wurden von albanischen Geologen entdeckt, und das Bergwerk wird von albanischen Ingenieuren, Technikern und Arbeitern errichtet. Die Bauarbeiten erfolgen mit modernen technischen Geräten und fortgeschrittenen Methoden. Die Kohle wird mechanisiert abgebaut werden und die Arbeitsbedingungen werden sehr günstig sein.

Die Bauleute forderten uns auf, einige der Baustellen zu besichtigen. Wir begaben uns zunächst zu einem der Schächte. Er war ziemlich geräumig und alles war dort mechanisiert. Solche Schächte gibt es in vielen Bergwerken Albaniens. Der Bauplanentwurf entspricht allen Forderungen, sowohl was die Erzförderung als auch das Ziel betrifft, normale Arbeitsbedingungen für die Bergleute zu schaffen. Die geologischen Bedingungen — geringe Bodenfestigkeit und viel Grundwasser — geboten, daß hier zum ersten Mal in unserem Land Sonderverfahren für das Niederbringen der Schächte angewandt wurden, wie das Gefrierverfahren, bei dem zunächst ein wasserdichter Mantel aus gefrorenem Boden rings um die Schachtbaustelle hergestellt wird.

Dieses Verfahren war für unsere Fachleute Neuland.

Dadurch, daß die Temperatur am Schachteingang bis 10° unter Null sank, wurden die Bauarbeiten erschwert. Auf Vorschlag der erfahrensten Kumpel und nach eingehenden Studien wurde bei dem Schachtbau im Gefrierverfahren auch Sprengstoff eingesetzt. Dadurch wurden die Arbeiten beschleunigt. Alles klappte ausgezeichnet.

Mit dem Fotoreporter fuhren wir in den Schacht ein. Vor uns öffneten sich die Tore der im Bau befindlichen unterirdischen Industriestadt. Auf den Förderstraßen bewegten sich die Grubenlokomotiven und zogen die mit Materialien beladenen Hunde. Wir unterhielten uns mit den Kumpeln, Technikern und Ingenieuren. Viele von ihnen arbeiten schon lange im Bergwerkbau und besitzen große Erfahrung — wie Naim Islami, Sherif Luzi, Sherif Merda, Dhimitër Papa, Ferit Veizi und andere. Sie sind von einer Erzlagerstätte zur anderen gewandert und arbeiteten und arbeiten, um eine Generation tüchtiger Nachfolger heranzuziehen, die fähig sind, in Zukunft größere und kompliziertere Bauvorhaben durchzuführen. Wir sahen dort, wie liebevoll und aufmerksam die Vertreter der jungen Generation ihre Aufgabe bei der Erschließung des Bergwerkes verrichten, wie Besim Doku, Iliaz Goxhaj, Ismail Kaduni und andere.

Die Bauleute erklärten uns die Arbeiten, die nötig waren, um die Grubenbaue, die Stollen und Schächte, anzulegen, um die starken Pumpstationen und die unterirdischen Hochspannungsumspannstationen zu errichten, um die hauptsächlichen Förderwege zu bauen und um die Wetterführung einzurichten. Ebenso machten sie uns mit der Arbeit vertraut, die bei der Montage der Maschinen geleistet wurde und wird.

Der Bau dieses Bergwerks ist eine große Schule für die Bauarbeiter. Sie bereichern dort ihre Erfahrung durch neue, vollständigere und wissenschaftlichere Kenntnisse, besonders, da hier das Gelände wegen des Grundwassers große Schwierigkeiten aufweist.

In den nächsten Monaten wird das Bergwerk den Betrieb aufnehmen. Die Arbeitsplätze sind geräumig, gut ausgeleuchtet und erhalten ständige Frischluftzufuhr. Dadurch



Kumpel vom Steinkohlenbergwerk Valias nach Feierabend

bestehen sehr gute und normale Arbeitsbedingungen. Die Förderung — einer der wichtigsten Prozesse in einem Kohlenbergwerk — ist so organisiert, daß in kurzer Zeit und rasch die ganze in einer Schicht abgebaute Kohlenmenge gefördert werden kann. Die unterirdische Streckenförderung erfolgt mit elektrischen Förderzügen. Es gibt zwei Schienenbahnen, eine für das geförderte Gut und die andere zur Personenförderung. Für den Abbau der Kohlenflöze werden die besten Maschinen und Ausrüstungen eingesetzt, wie Combinen, metallene Förderanlagen, Stahlstempel usw. Vor Ort werden beste Arbeitsbedingungen geschaffen. So sind alle Maschinen und Ausrüstungen explosionssicher, ebenso die Beleuchtungs- und Telefonanlagen. Moderne Ausrüstungen beseitigen auch die Gefahr, die vor Ort durch Staubbildung entsteht.

***

Bei dem neuen Bergwerk wurden und werden gute Lebensbedingungen geschaffen. Zunächst wurden alle Objekte über Tage fertiggestellt, so das mechanische Werk, das Elektrizitätswerk, das Eisenbahnnetz, Laboratorien, Wohnhäuser, Geschäfte, Verwaltungsbüros, Schulen usw. Viele der Gebäude über Tage, wie Umkleideräume, Waschkauen, Kantine usw., sind mit dem Förderturm verbunden. Auf diese Weise kommt der Arbeiter, wenn er aus der Grube ausfährt, sofort in geschlossene Räume mit geeigneter Temperatur, ohne allzu großem Temperaturwechsel im Vergleich zur Temperatur unter Tage ausgesetzt zu sein. So wird vermieden, daß seine Gesundheit Schaden erleidet. Nachdem der Bergmann Umkleideraum und Waschkaue passiert hat, wird er unter ärztlicher Aufsicht in einem speziellen Raum einige Minuten mit Ultraviolett-Licht bestrahlt, um die Sonnenenergie zu ersetzen, die er während der Arbeit unter Tage entbehren mußte.

Im Gelände des Bergwerkes gibt es auch ein Gesundheitszentrum, das rund um die Uhr dienstbereit ist. Die unter Tage Arbeitenden werden kostenlos ärztlich untersucht, um sie vor jeder Gefahr von Berufskrankheiten zu schützen. (Diese Betreuung gibt es in allen Bergwerken Albaniens.)

Den unter Tage Arbeitenden wird Arbeitskleidung kostenlos gestellt. Kostenlos erhalten sie auch Antidote (Gegengifte), vor allem Milch.

Die unter Tage Arbeitenden erhalten einen höheren Lohn als Werktätige anderer Sektoren. So erhält ein Bergmann im Durchschnitt einen Lohn, der dem Gehalt eines stellvertretenden Ministers gleichkommt. Ein Bergarbeiter, der zehn Jahre unter Tage gearbeitet hat, hat mit 50 Jahren Anspruch auf Rente. Die Rente beträgt in diesem Fall 70 Prozent des Durchschnittslohns von drei Arbeitsjahren, die er aus den letzten zehn Jahren aussuchen kann. Der bezahlte Jahresurlaub der Grubenarbeiter ist doppelt so lang wie der der Werktätigen anderer Sektoren. Sie haben Vorrang bei der Zuteilung von Plätzen in den Erholungsheimen, wo sie für ihren Aufenthalt oft gar nichts oder nur sehr wenig bezahlen. Ärztliche Betreuung und Behandlung ist überhaupt kostenlos. Bei Arbeitsunfähigkeit erhält der Grubenarbeiter, ob er zu Hause oder im Krankenhaus behandelt wird, Krankengeld in Höhe von 95 Prozent seines Lohnes.

Das Bergwerk hat eine Kantine und eine Imbißgaststätte; 24 Prozent des Preises für die in der Kantine eingenommenen Mahlzeiten trägt der Staat.

Viele der Werktätigen des Bergwerkes wohnen in den Wohnhäusern, die in seiner Nähe errichtet worden sind, die übrigen in der Stadt Tirana. Die Wohnungen wurden vom Betrieb mit seinen Mitteln gebaut. Die Wohnungsmiete kann als rein symbolisch bezeichnet werden. Für eine Zweizimmerwohnung mit Küche, Bad und Flur bezahlt der Arbeiter nur soviel, wie der Lohn eines Arbeitstages beträgt. Die Arbeiter, die in Tirana wohnen, bezahlen für die Fahrt nur 70 Prozent des normalen Fahrpreises.

***

Wir verließen das Bergwerk erst spät am Abend. Auf dem Förderturm, den Konturen der Veredelungsfabrik, in den Dienstleistungsgebäuden und in den Wohnhäusern brannten Lichter. Das Städtchen über Tage machte Feierabend, die Stadt unter Tage aber erlebte eine weitere arbeitserfüllte Nacht.

# Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

## Warnung vor "econo MARK"!

Liebe Kollegen!

Viele von euch, denen die AG-Weser-Kapitalisten zum Herbst gekündigt haben, suchen sich jetzt andere Arbeit. Um euch zu warnen, möchte ich euch kurz über meine Erfahrungen bei der Firma „econo MARK", einem sogenannten Sklavenhändler, einer Leihfirma, berichten.




Weil ich vor kurzem arbeitslos war und mich bei ca. 25 Firmen als Schweißer beworben hatte, ging ich auf eine Anzeige im „Weserkurier" zu dieser Firma, die ihr Büro in der Innenstadt hat.

Nach Ausfüllen des Bewerbungsbogens sagte der Geschäftsführer, daß er mir „leider" meinen alten Stundenlohn von 11,50 DM nicht geben könne. Er könne mir zu „meinem Vorteil" aber anbieten, daß von den 10,50 DM, die ich dort kriegen sollte, 4,00 DM als Fahrgeld abgerechnet werden sollte. Diese 4,00 DM wären ja steuerfrei und so hätte ich weniger Abzüge.

In Wirklichkeit dient dieses Manöver nur dazu, daß der Unternehmer weniger Beiträge zur Rentenversicherung und Krankenversicherung abführen muß. Und vor allem geht das Arbeitsamt, wenn man nach dieser Firma wieder stempeln muß, von einem Stundenlohn von 6,50 DM aus, d. h. man bekommt nachher nicht einmal mehr 600 DM Stempelgeld.

Als ich diese „vorteilhafte" Regelung ablehnte, wurde der „sehr freundliche Herr" merklich unfreundlicher. Er rief dann bei einer Schiffbaufirma an und meldete mich für den nächsten Tag um 7 Uhr als neuen Schweißer an. Danach diktierte er seiner Sekretärin einen Arbeitsvertrag (Gerichtsort München, Konventionalstrafe bis zu einem Monatslohn bei unentschuldigtem Fehlen und ähnliche Scherze).

Dieser Vertrag war aber nur für einen Monat befristet — angeblich als Probezeit. Als Begründung dafür hatte er hingeschrieben, daß ich eine Auslandsreise vorhätte. Von diesem Glück, eine Auslandsreise machen zu dürfen, wußte ich bis dahin noch gar nichts.

Kurz und gut, durch diese ganzen Haken und Ösen stutzig geworden, lehnte ich es ab, diesen Vertrag sofort zu unterschreiben und bat um eine Nacht Bedenkzeit. Er drängte aber mit aller Macht auf eine sofortige Unterschrift: „. . . Ich denke, Sie sind arbeitslos und wollen eine Arbeit haben?"

Er sei sogar bereit, mir den Vertrag zwei Stunden lang zu erklären, und zwar Punkt für Punkt — nur unterschreiben müßte ich jetzt gleich.

Das lehnte ich nochmals ab, weil ich prinzipiell so einen Vertrag nicht unterschreibe und erst recht nicht sofort. Daraufhin ließ der „sehr freundliche Herr" vollends seine Maske fallen und ergoß eine wütende Schimpfkanonade über mich:

An solchen Leuten wie mir sei er sowieso nicht interessiert usw.

Als ich ging, konnte ich noch einen spanischen Kollegen warnen, der im Vorraum gesessen hatte und auch gerade dabei war, seine Bewerbungsbogen auszufüllen. Auf der Treppe traf ich noch einen Kollegen, der schon drei Wochen bei „econo MARK" war, aber noch keinen Pfennig der vertraglich zugesagten zweiwöchigen Abschlagszahlung gesehen hatte.

Kollegen, diese Aasgeier spekulieren genau auf die von der AG Weser entlassenen Schweißer, Schiffbauer, Schlosser usw., spekulieren auf unsere Sorge, unsere Familie zu ernähren, um uns einen Arbeitsvertrag aufzuzwingen, der uns noch unter das Niveau des Tarifvertrages drückt.

## Wenn Kinder krank werden...

Wenn Kinder, insbesondere kleine Kinder krank werden, dann brauchen sie ganz besonders die liebevolle Pflege durch die Mütter. Was aber, wenn die Mutter arbeitet?




Der „soziale Rechtsstaat" Bundesrepublik zeigt da, wie sozial er wirklich ist. Gesetzliche Regelungen für diesen Fall gibt es nicht. Nur in Tarifverträgen gibt es Regelungen, z. B. sieht das für Angestellte im öffentlichen Dienst so aus: Im Falle der Krankheit gibt es bezahlte Arbeitsbefreiung bis zu vier Tagen — aber nur zweimal im Jahr. Wenn die Kinder länger oder öfter krank sind, dann müssen sie auf ihre Mutter verzichten, oder die Mutter muß die Arbeit aufgeben oder sie kann unbezahlten Urlaub bekommen, wohlgemerkt „kann", aber nur, wenn die sogenannten dienstlichen Belange das zulassen. Anspruch hat sie nicht.

Wie anders ist das im sozialistischen Albanien. Zur Pflege ihres kranken Kindes darf die in einem Arbeitsverhältnis stehende Mutter neun Tage im Vierteljahr, also 36 Tage im Jahr, zu Hause bleiben. Sie erhält dafür bezahlten Urlaub. Wenn der Arzt es für notwendig hält, kann sie dann jedoch ohne Bezahlung darüberhinaus Urlaub erhalten. Wenn das Kind im Krankenhaus liegt, darf die Mutter, besonders wenn es noch gestillt wird, zur Pflege ihres Kindes so lange im Krankenhaus bleiben, wie der Arzt es empfiehlt. Für diese Zeit bekommt sie eine Unterstützung nach den Regeln der Sozialversicherung (das sind etwa 80% des Lohnes).

Es ist ganz klar: Gerade der Krankenhausaufenthalt hat für Kinder oft schädliche psychische Folgen. Alle Bedingungen der Kinder, die ihnen die ganze Sicherheit im Leben bisher gegeben haben, werden abrupt abgerissen. Also müßte es doch selbstverständlich sein, daß es solch eine Regelung auch in der doch viel reicheren Bundesrepublik, die doch ein „Wohlfahrtsstaat" sein soll, besteht.

Irrtum. In den „Bremer Nachrichten" wurde vor kurzem als „Erfolg" gemeldet: In einem Münchner Kinderkrankenhaus sind in den letzten neun Jahren etwa 5% der Mütter mit aufgenommen worden. Das ist erstens eine Ausnahme und zweitens hat die Sache einen Haken. Während auf der Privatstation nach den Erfahrungen von Prof. Pache über 25% der kleinen Patienten von ihren Müttern begleitet werden, sind es auf der „Allgemeinstation" weniger als 5%. Mütter aus Kreisen der „Allgemeinpatienten" seien besonders bei plötzlich notwendigem Krankenhausaufenthalt des Kindes schwer abkömmlich, weil sie häufiger als Frauen aus höheren Einkommensschichten berufstätig sind.

Und die Kosten von 32 DM täglich werden auch nur in Sonderfällen von der Kasse getragen, dazu braucht man z. B. ein teures Gutachten, welches man sich bei einem von den Krankenkassen gar nicht anerkannten Psychologen holen kann, wenn man Geld hat. Daß bei uns die Mitaufnahme der Mütter ins Krankenhaus nicht das Recht der Mütter ist, wie in Albanien, sieht man schon an der AOK-Satzung: Solche Fälle kommen in ihrem Leistungskatalog gar nicht vor.

Im Kapitalismus gilt: Wenn du reich bist, kannst du dir die beste Versorgung für dein Kind leisten, wenn nicht, dann hat's dein Kind eben schlechter.

# Die Lehren der Grossen Proletarischen Kulturrevolution sind unvergänglich

**Die Große Proletarische Kulturrevolution in China gehört zu den revolutionären Ereignissen der Geschichte, deren Lehren immer von großer Aktualität für die Arbeiterklasse bleiben werden. Denn sie bewies in einer Zeit, als in der Sowjetunion und anderen Ländern eine neue Bourgeoisie die Macht in Partei und Staat an sich gerissen hatte und den Kapitalismus restaurierte, daß dies nicht zwangsläufig so geschehen muß. Indem die revolutionären Massen Chinas mobilisiert und,geführt von Genossen Mao Tsetung persönlich, den bürgerlichen Cliquen, die China auf den kapitalistischen Weg führen wollten, harte Schläge versetzten, verteidigten und festigten sie die Diktatur des Proletariats und bereiteten den Imperialisten und den modernen Revisionisten eine historische Niederlage. Ein Kampf, der keineswegs nur für China Bedeutung hatte.**

**„Die Große Proletarische Kulturrevolution", sagte Genosse Enver Hoxha, „erfüllt die revolutionären Völker in ihrem Kampf gegen Imperialismus und Aggression mit unbeschreiblicher Begeisterung. Sie ist das leuchtende Vorbild, nach dem überall die verschiedenen revisionistischen Cliquen, die die Führung der Partei und des Staates an sich gerissen haben, gestürzt werden müssen." Die Große Proletarische Kulturrevolution war so, indem sie den Kampf der wahren Marxisten-Leninisten in aller Welt vorantrieb und unter anderem auch die Gründung der KPD/ML in Deutschland beschleunigte, ein großartiger Beitrag der chinesischen Kommunisten und des chinesischen Volkes zum proletarischen Internationalismus, zum Kampf für den weltweiten Sturz des Imperialismus und den Sieg der Revolution und des Kommunismus.**

Natürlich hat diese große Revolution nicht nur Freunde. Sie hat auch Feinde. Und diesen Feinden, den Imperialisten, den Revisionisten und Opportunisten aller Schattierungen sitzt der Schrecken der Großen Proletarischen Kulturrevolution immer noch tief in den Knochen. Voller Furcht, daß die Lehren der Kulturrevolution die Massen ergreifen könnten, hetzen sie heute wie damals gegen sie, verleumden sie die revolutionären Massen als Leute, die China ins „Chaos" stürzen wollten, die von „Zerstörungswut" besessen waren, die Terror gegen die Massen ausübten usw. usf.

Was bezweckt diese Hetze? Sie soll den Klassencharakter der Großen Proletarischen Kulturrevolution vertuschen, sie soll den erfolgreichen Kampf gegen die bürgerlichen Cliquen, die Verteidigung und Festigung der Diktatur des Proletariats verleumden. Sie will den Völkern gerade die entscheidenden Lehren der Großen Proletarischen Kulturrevolution rauben: daß nämlich das Proletariat auch unter der Diktatur des Proletariats den Klassenkampf gegen seine Feinde weiterführen muß, — einen Kampf auf Leben und Tod; daß die Diktatur des Proletariats die Hauptwaffe ist, um die Klassenfeinde zu bezwingen und die sozialistische Revolution weiterzuführen.



Genosse Mao Tsetung zur Zeit der Kulturrevolution

Warum wurde die Große Proletarische Kulturrevolution notwendig? Genosse Mao Tsetung betonte: **„Diese Große Proletarische Kulturrevolution ist absolut notwendig und wird genau zur richtigen Zeit durchgeführt, um die Diktatur des Proletariats zu festigen, die Restauration des Kapitalismus zu verhüten und den Sozialismus aufzubauen."** 1966 als die Große Proletarische Kulturrevolution ihre ersten Höhepunkte erreichte, war es bürgerlichen Elementen gelungen, im Kulturbereich, in den Betrieben, in der Landwirtschaft, in der Partei und im Staat einen relativ großen Teil der Macht an sich zu reißen. Wie ernst die Situation bereits war, zeigt folgende Erklärung des Genossen Mao Tsetung: **„Offensichtlich ging es nicht mehr ohne die Durchführung der Großen Proletarischen Kulturrevolution, denn unsere Basis war nicht mehr solide. Nach meiner Beobachtung gab es wahrscheinlich eine beträchtliche Mehrheit von Betrieben — ich spreche nicht von der Gesamtheit, auch nicht von der überwältigenden Mehrheit — in denen die Führung nicht in der Hand der wahren Marxisten und der Arbeitermassen lag."** Was den Staat anging, so schlug Genosse Mao Tsetung damals ironisch vor, daß das Kulturministerium **„einfach in Ministerium für Kaiser, Könige, Generäle und Kanzler, in Ministerium für junge Gelehrte und anmutige Schönheiten oder Ministerium für tote Ausländer umbenannt werden sollte, falls es sich nicht ändert"** und daß man das Gesundheitsministerium umbenennen solle in „Ministerium für städtische Herrschaften".

Diese Lage erforderte einen entschlossenen Kampf zur Verteidigung des Sozialismus, zum Schutz der Diktatur des Proletariats. Genosse Mao Tsetung persönlich initiierte die Große Proletarische Kulturrevolution, das ZK der KP Chinas ermutigte im Jahre 1966 in zwei Beschlüssen die Arbeiterklasse und die anderen Volksmassen Chinas, die sich zu einem gewaltigen revolutionären Sturm erhoben, um den bürgerlichen Elementen die erschlichene Macht wieder zu entreißen und die Diktatur des Proletariats zu schützen, zu festigen und auf alle gesellschaftlichen Bereiche auszudehnen. Gegen alle Versuche, der Großen Proletarischen Kulturrevolution ihre Schärfe zu nehmen, sie auf halbem Weg zum Stocken zu bringen und eine gründliche Abrechnung mit den bürgerlichen Elementen zu verhindern, hieß es bereits im Rundschreiben des ZK vom Mai 66 als Antwort an jene Rechten, die angesichts des beginnenden scharfen Klassenkampfes davon schwätzten, daß vor der „Wahrheit alle gleich" seien: **„Sie** (die Repräsentanten und Agenten der Bourgeoisie — RM) **sind ein Haufen antikommunistischer volksfeindlicher Konterrevolutionäre Ihr Kampf gegen uns ist ein Kampf auf Leben und Tod, dabei kann von einer Gleichheit überhaupt nicht die Rede sein. Daher ist unser Kampf gegen sie ebenfalls unvermeidlich ein Kampf auf Leben und Tod, und unsere Beziehung zu ihnen kann absolut nicht die einer Gleichheit sein, sondern nur die der Unterdrückung einer Klasse durch eine andere, d. h. eine Beziehung, bei der das Proletariat die Alleinherrschaft oder die Diktatur über die Bourgeoisie ausübt, nicht aber eine andere Beziehung, wie z. B. die einer angeblichen Gleichberechtigung, einer friedlichen Koexistenz zwischen ausgebeuteten und ausbeutenden Klassen, oder ein Verhältnis von Humanität und Hochherzigkeit usw. usf."** Und im Beschluß des ZK über die Große Proletarische Kulturrevolution wurde ausdrücklich betont, daß die Revolution gegen den sich verstärkenden Widerstand der Reaktionäre fortgesetzt werden müsse, wurde vor jenen scheinheiligen Befürwortern der Kulturrevolution gewarnt, die die revolutionären Massen unter Ausnutzung vorgekommener Fehler als „Konterrevolutionäre" abstempelten. Es hieß: **„Vertraut den Massen, stützt euch auf sie und respektiert ihre Initiative! Befreit euch von Furcht! Habt keine Angst vor Unordnung! Vorsitzender Mao hat uns oft gesagt, daß eine Revolution nicht so maßvoll, gesittet, höflich, zurückhaltend und großherzig durchgeführt werden kann."** Im Kommuniqué über diese Tagung des ZK wird betont: **„Man muß den Mut haben, die Revolution zu machen und es verstehen, sie gut durchzuführen. Vor den Unruhen darf man keine Angst haben. Den Standpunkt der Bourgeoisie vertreten und die Rechtselemente unter seine Fittiche zu nehmen, die Linken anzugreifen und die Große Proletarische Kulturrevolution einzudämmen, das muß bekämpft werden... Man muß die revolutionären Linken mit voller Begeisterung unterstützen und darauf achten, danach zu streben, sich mit jenen, mit denen eine Einheit möglich ist, zu vereinen und die Kräfte darauf konzentrieren, die Handvoll von parteifeindlichen, antisozialistischen Rechtselementen der Bourgeoisie zu schlagen."**

Die revolutionären Massen Chinas folgten dieser Linie des Genossen Mao Tsetung mit großer Begeisterung. Von August bis November 1966 brachten allein 13 Millionen Rotgardisten und andere revolutionäre Werktätige ihre tiefe Liebe zu dem großen proletarischen Revolutionär Genossen Mao Tsetung in Peking auf dem Tien-an-men-Platz zum Ausdruck. Unerschrocken und entschlossen entlarvten sie überall im ganzen Land die konterrevolutionären Machenschaften der Feinde des Sozialismus, zerschlugen ihre Komplotte und ließen sich auch von ihrem erbittertsten Widerstand nicht beeindrucken. Als großartiger Beweis der revolutionären Kampfentschlossenheit der chinesischen Arbeiterklasse ist der Kampf der Schanghaier Arbeiterschaft in aie Geschichte der Kulturrevolution eingegangen, der von Genossen Mao Tsetung mit den Worten unterstützt wurde: **„Proletarische Revolutionäre, vereinigt Euch und entreißt der Handvoll von Machthabern in der Partei, die den kapitalistischen Weg gehen, die Macht!"**

Die Große Proletarische Kulturrevolution endete mit einem Sieg der revolutionären Linie des Genossen Mao Tsetung, mit einem Sieg der revolutionären Volksmassen Chinas. Das Komplott der bürgerlichen Elemente zum Sturz der Diktatur des Proletariats wurde zerschlagen. Aber die Sicherung der Diktatur des Proletariats vor den Versuchen der Bourgeoisie, der Arbeiterklasse die politische Macht zu entreißen, kann nicht durch einen zeitlich begrenzten Kampf des Proletariats allein erfolgen. Die Sicherung der Diktatur des Proletariats erfordert, daß ständig der Klassenkampf geführt wird, gegen den Klassenfeind und innerhalb des Volkes, daß ständig die Diktatur des Proletariats verteidigt und weiter gefestigt wird. Denn die Bourgeoisie gibt ihre Hoffnung und ihre konterrevolutionäre Tätigkeit niemals auf, um den Sozialismus zu vernichten. Deshalb betonte Genosse Mao Tsetung: **„Würden der Klassenkampf und die Diktatur des Proletariats in Vergessenheit geraten, dann wären vielleicht nur einige Jahre, höchstens einige Jahrzehnte nötig, um die marxistisch-leninistische Partei in eine faschistische Partei zu verwandeln und ganz China würde die Farbe wechseln."** Die chinesische Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen Chinas, die nicht nur in der Großen Proletarischen Kulturrevolution in den sechziger Jahren, sondern auch in heftigen Klassenschlachten in den Jahren danach ihre Treue zum Marxismus-Leninismus und zur revolutionären Linie des Genossen Mao Tsetung demonstrierten, werden dieser Richtlinie bestimmt folgen. Genosse Mao Tsetung würdigte diesen großen revolutionären Geist des chinesischen Volkes sehr treffend, als er sagte: **„Seit dem Sturz des Kaisers im Jahre 1911 konnten in China die Reaktionäre niemals lange an der Macht bleiben. Der, bei dem die Herrschaft am längsten dauerte (Tschiang Kai-schek), herrschte nur zwanzig Jahre, aber auch er fiel, sowie sich das Volk erhob. Tschiang Kai-schek kam an die Macht, weil er Sun Yat-sens Vertrauen ausnutzte, die Huangpu-Militärakademie leitete und um sich eine große Zahl von Reaktionären sammelte. Praktisch die gesamte Grundherrenklasse und Bourgeoisie unterstützte ihn, sowie er sich gegen die Kommunistische Partei wandte. Zu jener Zeit war die Kommunistische Partei noch unerfahren. So konnte er sich freuen und zeitweilig die Oberhand gewinnen. In diesen zwei Jahrzehnten erreichte er jedoch niemals die Vereinigung. Es gab den Krieg zwischen der Kuomintang und der Kommunistischen Partei, die Kriege zwischen der Kuomintang und den verschiedenen Cliquen der Militärmachthaben, den Chinesisch-Japanischen Krieg und schließlich den vier Jahre dauernden großen Bürgerkrieg, durch den er auf ein paar Inseln verjagt wurde. Sollten in China die Rechten einen antikommunistischen Staatsstreich inszenieren, so bin ich fest davon überzeugt, daß sie ebenfalls keine Ruhe finden werden und ihre Herrschaft sehr wahrscheinlich kurzlebig sein wird, denn die Revolutionäre, die die Interessen von mehr als 90% der Bevölkerung vertreten, werden das nicht zulassen."**

## Maywald-Prozess in Hamburg

# Der Massenmörder ist auf freiem Fuss

**Gerhard Maywald ist ein Massenmörder. Mindestens 8.000 Juden, Männer, Frauen, Kinder ließ dieser ehemalige SS-Obersturmführer in den Wäldern von Riga in der besetzten Sowjetunion kaltblütig abknallen. Jetzt stand er vor einem Gericht des Bonner Staates. Jetzt, 32 Jahre nach der Zerschlagung der faschistischen Diktatur? Ja, fünfzehn Jahre ließen sich die Richter und Staatsanwälte Zeit für ihre sogenannten „Ermittlungen", fünfzehn Jahre, nur, um jetzt sagen zu können: „Ob das Gericht nach Verlauf eines Menschenalters noch die Wahrheit finden kann — das war unser Problem."**

Die Wahrheit — als ob es ihnen darum ginge! Denn die Wahrheit, dafür gab es und gibt es genügend Zeugen, lag auch schon vor fünfzehn Jahren klar auf der Hand: nämlich daß Maywald ein Massenmörder ist. Und auch jetzt, „nach Verlauf eines Menschenalters", wagt es das Gericht nicht, die Tatsachen selbst zu leugnen. Nur, aus Massenmord ist „Beihilfe zum Mord" geworden. Maywald, so der Richter, war nicht „Herr über Leben und Tod", er war nur ein Teil der „Tötungsmaschinerie". Und deshalb könne man ihn, der ja „nur" die Exekutionen von Tausenden veranlaßt habe, auch nicht als Mörder verurteilen.

Nach dieser unglaublichen Logik gibt es allerdings überhaupt niemanden mehr, der verantwortlich wäre für den grausamen Tod von Millionen Revolutionären, Patrioten, Juden, die in den KZs hingemordet wurden. Denn die SS-Schergen, die die Gaskammern bedienten oder die Pistole zum Genickschuß ansetzten, waren sie nicht auch einfache Teile der „Tötungsmaschinerie" und dazu noch die untersten? Wir wissen ja aus früheren NS-Prozessen, daß diese Bestien von den Klassengerichten stets den „Befehlsnotstand" zugestanden bekommen. Und die höheren Ränge in der faschistischen Mord-Hierarchie, denen Maywald verantwortlich war? Auch sie waren nach dieser Logik nur Glieder in einer anonymen Kette, haben „nur" Befehle erteilt, die Opfer ausgewählt. Und wie sagte der Richter im Maywald-Prozeß: „Wer auszuwählen hat, macht sich nicht zum Täter."

So werden heute von der Klassenjustiz der Bundesrepublik noch nachträglich Freibriefe für die Mörder von damals produziert. Der Staat, dessen Beamte diese Mörder waren, die blutige Hitlerdiktatur, war ein Werkzeug der deutschen Monopolbourgeoisie. Mit diesem Staat unterdrückten sie grausam die revolutionäre Bewegung der Volksmassen mit der KPD an der Spitze, um sich vor ihrem Ansturm zu retten. Mit diesem Staat überzogen sie Europa, ja die ganze Welt mit Krieg um ihre grenzenlose Gier nach Profiten zu befriedigen. Sie, die Kohle- und Stahlbarone, die Krupp, Stinnes, Thyssen, Klöckner sind die wahren Verantwortlichen für Faschismus und Krieg.

Nach der Zerschlagung des Faschismus forderte das deutsche Volk, forderten die Völker Europas entschieden die Bestrafung dieser Hauptkriegsverbrecher ebenso wie die Bestrafung all ihrer Lakaien, egal ob es sich um einen Heß oder um einen namenlosen KZ-Schergen handelte. Denn in der Logik des Volkes gibt es keinen „Befehlsnotstand" und keine anonyme „Tötungsmaschinerie". Jeder, der ein Verbrechen am Volk begangen hat, muß dafür bezahlen.

Aber heute haben die Krupp und Thyssen ihre Macht wieder hergestellt. Der Bonner Staat ist genauso ihr Werkzeug wie es der Nazi-Staat war. Und die Gerichte in Hamburg oder München sprechen genauso ihr „Recht", das Recht der Bourgeoisie wie es früher die faschistischen Gerichtshöfe Freislers taten. Das ist der Grund dafür, daß die Schwurgerichtskammer in Hamburg den Massenmörder Maywald nach „Ermittlungen" von fünfzehn Jahren mit einer „Strafe" von vier Jahren bedachte. Und nicht genug damit: Die Richter ließen den Mörder auch noch unverzüglich laufen, gewährten ihm Haftverschonung.

Sie verstiegen sich zu der Begründung, er sei schon genug bestraft durch die „handgreiflichen Nachteile", die ihm während der Ermittlungen entstanden seien. Nachteile? Der Mörder geht einträglichen Geschäften als Großkaufmann nach, er bezeichnet sich selbst als „einen der führenden Fachleute" seiner Branche. In diesem Staat der Krupp und Thyssen hat noch niemand Nachteile erlitten, weil er ein Nazi war. In diesem Staat konnte ein KZ-Baumeister Bundespräsident und ein Funktionär der Hitlerpartei Kanzler werden.

Aber diejenigen, die gegen das Wiederaufkommen der braunen Pest kämpfen, die den neuen Nazis ihre Hakenkreuzpropaganda aus den Händen reißen, sich ihren Aufmärschen entgegenstellen, sie werden von der gleichen Justiz abgeurteilt, die einen Maywald nach Hause zu seinen Geschäften entläßt. Sie werden wie der Genosse Wolfgang Brod eingekerkert, während die Massenmörder frei herumlaufen.

Was könnte deutlicher das wirkliche Wesen dieses Bonner Staates kennzeichnen? Gewiß, er ist nicht offen faschistisch wie der Nazistaat. Die Krupp und Thyssen haben ihrer Diktatur über die Volksmassen den Mantel der parlamentarischen Demokratie umgehängt. Aber so, wie sie heute schon Kommunisten und Revolutionäre in die Gefängnisse schikken, so werden sie nicht zögern, ihr „demokratisches" Mäntelchen abzulegen. Wenn sie ihre Herrschaft bedroht sehen, werden sie wie schon einmal zur offen faschistischen Diktatur greifen.

Aber das deutsche Volk wird ein neues 33 nicht hinnehmen. Deshalb ist es notwendig, den revolutionären Kampf gegen die Bourgeoisie und ihren Staat zu verstärken. Denn nur die proletarische Revolution, der gewaltsame Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie kann die Wurzeln des Faschismus ein für allemal ausrotten.




**DUISBURG**

Am 22. August hat der Genosse Reinhold Hinzmann in Duisburg beim Landgericht im Zimmer 157 einen Prozeß wegen der Teilnahme am Trauerzug für den Genossen Günter Routhier. Die Anklagepunkte sind Widerstand, Körperverletzung und Landfriedensbruch. Der Prozeß beginnt um 10.30 Uhr.

**KOBLENZ**

Wehrkraftzersetzung wird dem ehemaligen Soldaten Klaus Marx vorgeworfen. Er soll am 16. August vor dem Koblenzer Landgericht stehen, weil er angeblich die Bereitschaft seiner Kameraden „zum Schutze der Sicherheit der BRD untergraben" habe. Klaus Marx, der auch wegen Verächtlichmachung der Bundesrepublik angeklagt ist, soll außerdem vor zweieinhalb Jahren eine Soldatenzeitung des Jugendverbands der GRF in der Kaserne verteilt haben.

**Genosse Wolfgang Brod schreibt: URLAUBSANTRAG ABGELEHNT!**

Liebe Genossen!

Am 9. 9. ist mein Termin auf vorzeitige Entlassung nach 2/3 der Haftzeit, übrigens der 1. Todestag des Genossen Mao Tsetung. Laut Strafvollzugsgesetz (St VollzG), § 15, wird ein Urlaub zur Vorbereitung der Entlassung in der Regel gewährt. Aber anscheinend gilt die Regel nur für die kriminellen Gefangenen oder für jedenfalls alle, die nichts mit Politik, schon gar nichts mit dem Kommunismus und schon überhaupt nichts mit der KPD/ML zu tun haben. Mein Urlaubsantrag wurde jedenfalls erst einmal abgelehnt. Die Begründung ist interessant: „...Da ich laut ‚Knipperdolling', eine regionale Zeitung in Münster, die über die Kölner Antifaschisten berichtete durch die Solidarität meiner Kollegen meinen Arbeitsplatz ja behalten könne, wird der Urlaub abgelehnt."

Darauf legte ich Beschwerde ein und begründete meinen Antrag noch einmal damit, daß der Paragraph andere Gründe wie die Arbeitssuche nicht ausschließe und ich außerdem mit meinem Arbeitgeber noch einiges zu klären habe, die Solidarität der Kollegen aber nicht leugne. Die Beschwerde wurde mir dann persönlich vom Anstaltsleiter Dertinger beantwortet. Ich „hätte ja die Möglichkeit, mich schriftlich mit dem Arbeitgeber auseinanderzusetzen, um offene Fragen zu klären; falls es dann noch immer unklar sei und der Arbeitgeber mir schreiben würde, daß ich persönlich kommen soll, würde ich — natürlich — Urlaub bekommen." Ich sagte natürlich, daß es keine Frage von „nicht können" sei, mir den Urlaub zu geben, sondern nur von „nicht wollen". Da ich mich nicht aufs Betteln verlege, ist es erst einmal dabei geblieben.

Das es wirklich eine Frage von „nicht wollen" ist, sieht man auch daran: Ich stellte am selben Tag noch einen Antrag auf Urlaub. Und zwar berief ich mich auf die Paragraphen 54 und 55 StVollzG, die einem Gefangenen das Recht auf Teilnahme am Gottesdienst oder religiösen Veranstaltungen garantieren und dasselbe gilt auch für weltanschauliche Bekenntnisse. Da hier in der JVA keine Veranstaltungen der Roten Hilfe oder der KPD/ML stattfinden, beantragte ich Urlaub, um an einer Veranstaltung der RHD teilnehmen zu können. Abgelehnt, da „nicht gerechtfertigt".

Eines aber, Genossen, merkt man ganz deutlich: Nichts ist ihnen ein größerer Dorn im Auge als die Solidarität der Arbeiterklasse, als die Unterstützung meiner Kollegen, die in der ganzen Zeit nicht nachgelassen hat.

Hinzu kommt die große Solidarität in Form von Briefen, Karten und Paketen, von Geldspenden etc. Ich habe bisher über 180 Briefe und Karten erhalten, im Durchschnitt sind es mehr als zwei für jeden Tag, den ich hier sitze.

Sind denn also die zynischen Begründungen, die die Solidarität meiner Kollegen für mich zum Nachteil werden lassen sollen, ein Zeichen von Stärke? Ist es ein Zeichen von Stärke, wenn sich auf Veröffentlichungen berufen wird, die den Werktätigen zeigen, wie man Erfolge erringen kann? Keineswegs!

Wir dagegen können sicher sein: Wer für eine gerechte Sache eintritt, wird breite Unterstützung finden! Und unser **Kampf für die sozialistische Revolution**, der Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland ist eine gerechte Sache! In diesem Sinne.

Euer Kollege und Genosse Wolfgang

## Schreibt den Genossen in Haft

Klaus Kercher, 7100 Heilbronn, JVA, Steinstr. 21

Alexander Haschemi, 8910 Landsberg, JVA,

Martin Peleikis, 2350 Neumünster, JVA, Boostedterstr. 30

Manfred Schönenberg, 5952 Attendorn, JVA

Wolfgang Brod, 4400 Münster, JVA, Gartenstr. 26

## Polizeiskandal in Düsseldorf

# Spitze eines Eisbergs

**Schon wieder ein Polizeiskandal! Seit Jahren wurden im Düsseldorfer Polizeipräsidium Inhaftierte, die eine Nacht im Polizeigewahrsam festgehalten wurden, von den „Hütern des Gesetzes" bestohlen. Deshalb waren in der Vergangenheit schon mehrfach Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft eingegangen. Angeblich war es jedoch bis vor kurzem „nicht möglich", die Fälle aufzuklären. Außer den Diebstählen kam auch ein Fall ans Tageslicht, wo die Düsseldorfer „Ordnungshüter" eine zweiundzwanzigjährige Düsseldorferin im Polizeigewahrsam gezwungen hatten, sich sexuell mißbrauchen zu lassen.**

In den bürgerlichen Zeitungen heißt es, die Staatsanwaltschaft sei über den Skandal „restlos erschüttert". Welch schmierige Heuchelei! Warum war es denn den Herren bis jetzt „unmöglich", den Anzeigen bestohlener Polizeiopfer nachzugehen? Doch deshalb, weil sie solche Schweinereien zu vertuschen versuchen, so lange es möglich ist. Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus!

Natürlich versucht die bürgerliche Propaganda Fälle von Kriminalität im Polizeiapparat als untypische „Auswüchse" hinzustellen. Aber in Wahrheit zeigen die sogenannten Skandale nur die Spitze eines Eisbergs. Und es ist schon immens, wie groß die Zahl der Fälle ist, die trotz der Vertuschungsbemühungen des Staatsapparats ans Tageslicht kommen. Einige Beispiele, die allein aus den vergangenen drei Monaten stammen, sprechen da eine deutliche Sprache.

Im Mai kam heraus, daß Polizisten der Autobahn-Polizeistation Haaren bei Westfalen sich von Lastwagenfahrern, die Wurstwaren transportierten, jahrelang mit großen Mengen Wurst bestechen ließen. Dafür sahen die Polizisten dann großzügig über technische Mängel an den Lastzügen, über zu hohes Ladegewicht u. dgl. hinweg. Ebenfalls im Mai wurde bekannt, daß Beamte der Autobahnpolizeistaffel Göttingen jahrelang Bußgelder unterschlagen und in die eigene Tasche gesteckt hatten. Die Gesamthöhe der unterschlagenen Summe wird mit mindestens 11.000 DM angegeben.

Im Juni drang im Ruhrgebiet ein Bestechungsskandal größeren Kalibers an die Öffentlichkeit, in den offenkundig die Polizei im ganzen Ruhrgebiet verwickelt ist. Gegen Bestechungsgelder hatten Polizisten an das Duisburger Detektivbüro Manfred Kocks regelmäßig Informationen aus den Polizeiakten geliefert. Die Detektei Kocks ist die größte Detektei im Ruhrgebiet. Sie hat Filialen in Essen, Dortmund, Gelsenkirchen, Bochum, Mülheim, Wuppertal und Krefeld. Inhaber ist der „ehrenwerte" Herr Manfred Kocks, seines Zeichens Stadtrat in Geldern. Die Detektei Kocks kam vor einiger Zeit dadurch ins Gerede, daß vertrauliche Schreiben der Detektei an die Firmenleitungen großer Unternehmen bekannt wurden, in denen Kocks den Bossen anbietet, die politische Gesinnung von Belegschaftsmitgliedern bzw. Stellenanwärtern auszuspionieren.

Immer wieder werden auch Fälle gemeldet, wo Polizisten sich nach Feierabend in eben jenem Metier betätigten, dessen Bekämpfung angeblich ihre wichtigste Aufgabe ist: als Gangster. So wurde im Juni in München ein Polizeiobermeister gefaßt, der eine Filiale der Dresdner Bank überfallen und um 8.000 DM beraubt hatte. Ein anderer Polizist, Oberwachtmeister der Bereitschaftspolizei, wurde Anfang August verhaftet, nachdem er in Frauenkleidern in der Nähe von Nürnberg bei einem Banküberfall 10.000 Mark erbeutet hatte.

Es heißt immer, die Polizei sei dazu da, das Volk vor Kriminellen und „Gewalttätern" zu schützen. In Wirklichkeit wird es für das werktätige Volk zunehmend notwendiger, sich nicht nur vor Kriminellen, sondern auch vor der Polizei zu schützen. Bald jede Woche werden Menschen von der Polizei erschossen, die überhaupt nichts verbrochen haben oder nur kleinere Übertretungen begingen. Das Wuchern von Korruption und Kriminalität im Polizeiapparat, wie auch der wachsende Polizeiterror gegen die werktätige Bevölkerung machen deutlich, daß die Polizei nicht „Dein Freund und Helfer" sondern der Feind der Werktätigen ist. Ihre Aufgabe ist es, die Kapitalisten und ihren dem Volk abgepreßten Reichtum zu schützen und den Kampf gegen das kapitalistische Ausbeutersystem gewaltsam zu unterdrücken.

## Korrespondenzen

Redaktion „Roter Morgen" Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 46 Dortmund 30

### Erneuter Polizeiterror gegen Jugendlichen aus Herne

Am Samstag, den 30. Juli 77, ging ich gegen 19.30 Uhr gerade am Kulturzentrum der Stadt Herne vorbei, als 3 Einsatzwagen der Polizei anhielten. 6 Polizisten stiegen aus den Wagen und gingen in die Diskothek. Drei von ihnen hatten Handschuhe an, die anderen hatten sie schon ausgezogen. Sie holten einen 17/18jährigen Jugendlichen aus der Diskothek, weil er Hausverbot hatte. 6 Polizisten gegen einen Jugendlichen. Aber das war nicht das, was alle anderen Jugendlichen, die dabei standen, so aufregte: Die Pistolentaschen der Polizei waren geöffnet, so daß es keine Schwierigkeit gewesen wäre, die Pistole zu ziehen und zu schießen.

Erst am Sonntag, den 24. Juli d. J. war der 17jährige Rudolf Pollaczek aus Herne erschossen worden. Rudolf hatte einen heftigen Streit mit seinem Bruder. Plötzlich waren zwei Polizisten da. Nach einer halben Stunde holten sie noch zwei als Verstärkung. Rudolf hatte wohl ein Messer in der Hand und fuchtelte damit (leicht angetrunken) herum. Die Polizisten hatten bisher noch nicht eingegriffen, bis auf einmal einer von ihnen die Pistole zog. Als Rudolf die Arme über den Kopf hob, da fiel ein Schuß aus nächster Nähe und aus der Hüfte abgefeuert, wie der Bruder berichtete. Der Schuß hatte ihn getroffen, direkt unter dem linken Auge. Rudolf fiel zu Boden, im Krankenhaus starb er.

Der Jugendliche aus der Diskothek wurde dann auch noch abgeführt und am Polizeiauto nach Waffen durchsucht und anschließend in den Wagen gestoßen.

Da erzählte mir einer unter den anwesenden Jugendlichen, daß er den erschossenen Rudolf Pollaczek gekannt hat. Er sagte: „Ich war in der Leichenhalle mit seinem Bruder. Rudolf sah fürchterlich aus. Ich konnte ihn kaum noch wiedererkennen. Sein Bruder wollte sich die Pulsadern aufschneiden. Rudolf hätte keiner Fliege was zuleide tun können. Er hatte die Polizisten nicht angegriffen."

Rot Front! Ein Rotgardist aus Herne

### Ein Reiseerlebnis aus Albanien

Liebe Genossen,

ich war mit einer Reisegruppe letzten Monat in Albanien. Besonders beeindruckt war ich von den Maßnahmen der Arbeiter unter der Führung der kommunistischen Partei zur Verhütung des Bürokratismus.

Es ist bekannt, daß die höchsten Löhne nicht mehr als das Doppelte der niedrigsten betragen, daß ausnahmslos alle Menschen zumindest einen Monat in der Produktion arbeiten, daß man in die leitenden Funktionen gewählt wird und den Massen immer rechenschaftspflichtig ist (um nur einige Maßnahmen zu nennen). Mit welcher Wachsamkeit die Arbeiter diese Maßnahmen durchführen, zeigt ein Beispiel aus dem Textilkombinat Mao Tsetung in Berat, das uns dort erzählt wurde:

Auch dort arbeiten alle in der Verwaltung tätigen Kader einen Monat im Jahr in der Produktion. Die meisten von ihnen in diesem Werk. Bei der Direktorin sei dies allerdings anders, erklärte man uns. Bei ihr wurde beschlossen, daß sie in einem anderen Werk den Monat arbeitet. Warum? Damit niemand auf die Idee komme, ihr für diese Zeit besondere Arbeitsbedingungen einzuräumen, was bei der Liebe und Achtung, die sie im Werk genießt, leicht passieren könne.

Rot Front!
Ein Genosse aus Bergisch-Gladbach

### Wer arm ist, muß früher sterben

Im Februar dieses Jahres starb meine Mutter im Alter von 57 Jahren an einem schweren Asthmaanfall (die Todesursache war Herzversagen). Bis zuletzt mußte sie noch halbtags in einer Kartonagenfabrik schwer arbeiten. Von ihrer alten Firma war ihr geraten worden (sie war durch das Asthma häufiger krank) doch einen Antrag auf vorgezogene Rente zu stellen. Von der LVA wurden alle Anträge auf Erwerbsunfähigkeitsrente abgelehnt. (Das hätte geheißen, sie brauchte nicht mehr zu arbeiten.) Nur ein Antrag auf Berufsunfähigkeitsrente in Höhe von zuletzt 190 DM monatlich kam durch. Sie mußte also notwendigerweise, da mein Vater auch nur eine Rente von 750 DM bekam, weiterarbeiten, damit die Familie leben konnte.

Mitentscheidend war das Attest des Hausarztes, der sich zu der Bemerkung hinreißen ließ: „Ja, wenn Sie noch halbtags arbeiten, dann kann ich Sie ja nicht voll erwerbsfähig schreiben." Daraufhin „mußte" sie dann halbtags weiterarbeiten. Das bewirkte dann ihren frühen Tod. Vermutlich kann es als sicher gelten, daß, wenn meine Mutter nicht gearbeitet hätte, sich ihr Zustand nicht weiter verschlechtert hätte. Sie hätte bestimmt noch einige Jahre leben können. Sogar Fremden ist der schlechte z. T. lebensgefährliche Zustand meiner Mutter aufgefallen. Das Menschenverachtende im Kapitalismus besteht eben gerade darin, daß man, wenn man überleben will (mit 190 DM Rente) arbeiten muß, auch wenn man schwer krank ist. Der Zusammenhang ist klar, die Renten sind dem kapitalistischen Staat besonders in der Krise zu teuer, also will er weniger Rente auszahlen. Besonders auch bei Frührentnern werden also immer mehr Renten abgelehnt.

Meine Mutter ist sicherlich nicht der einzige Fall, der durch den Angriff des Kapitals auf die Existenz und Lebenslage der Rentner (besonders auch der arbeitenden Frauen) vorzeitig sterben mußte. Es ist bekannt, daß es eine große Anzahl von Frauen gibt, deren Renten so niedrig sind, daß sie unter keinen Umständen zum Leben reichen. Wie viele Fälle mag es geben, wo diese Menschen, wenn sie dazu noch durch die frühere Arbeit krank geworden sind und vielleicht noch arbeiten müssen, früher sterben.

Der Kapitalismus kann es sich nicht einmal leisten, eine ausreichende Mindestrente einzuführen, das könnte ja sonst das „Leistungsprinzip" sprich das Ausbeutungsprinzip stören. Abgesehen davon würde auch eine Mindestrente die Lage der Rentner nicht grundlegend ändern, denn die schützt uns letztendlich auch nicht vor weiterer Ausbeutung über zum Beispiel erhöhte Mieten und Preise. Erst der Sozialismus, wo das Prinzip des Kapitalismus, nämlich die Jagd nach Höchstprofiten für einige wenige,abgeschafft ist, ermöglicht es auch den Rentnern und Kranken, eine allseitige Fürsorge durch die arbeitende Gemeinschaft zu genießen, unabhängig davon, ob er angeblich zu wenig „einbezahlt" hat, „bloß" Hausfrau gewesen ist oder nicht. Der Mensch, auch wenn er nicht mehr arbeiten kann, rückt an die erste Stelle.

Rotfront!
Ein Genosse aus Albstadt-Ebingen



## Aus den Beiträgen zum Artikelwettbewerb

# "So trifft man sich wieder"

Bei einer Feier traf ich einige meiner früheren Schulkameraden. Wir erzählten uns, was wir nach Abschluß der Volksschule so erlebt haben.

Einige schimpften, daß für sie keine Lehrstelle mehr frei war. Ein paar mußten Hilfsarbeiten annehmen, andere besuchten Kurse zur Weiterbildung. Einer, der in dem Ausbildungszentrum der Industrie- und Handelskammer einen Metall-Lehrgang macht, erzählte mir, daß diese Kurse keineswegs eine Lehre ersetzen.

Er sagte: „Wenn du da nach einigen Monaten fertig bist, giltst du als angelernter Hilfsarbeiter und kommst für eine Lehrstelle noch weniger in Frage."

Diejenigen von uns, die eine Lehrstelle bekommen haben, waren allerdings auch nicht gerade glücklich, denn im Betrieb werden sie schikaniert und ausgenutzt und immer, wenn sie sich dagegen wehren wollen, heißt es: „Sei froh, daß du überhaupt eine Lehrstelle hast."

Ja, sei froh, wenn du eine Lehrstelle hast — von diesem Frohsinn konnten einige von uns ein Lied singen.

So wollte ein Mädchen Technische Zeichnerin werden, ja sie hat in der Schule nicht schlecht gezeichnet. Doch als sie zum Arbeitsamt ging, erfuhr sie, daß keine Lehrstellen für Technische Zeichnerinnen frei sind, außerdem würden da Mittelschüler bevorzugt.



Keine Perspektive im Kapitalismus — mit 15, 16, 17 Jahren auf der Straße.

Sie durfte dann so einen psychologischen Test machen. Dieser Test hatte nicht etwa die Aufgabe herauszufinden, was einem Spaß machen würde und was einem so liegt. Nein. 4 1/2 Stunden wurden Schnelligkeit, Ausdauer und Genauigkeit usw. geprüft.

Nun, nach diesem Test mußte sie noch einmal zum Vermittler ins Arbeitsamt. Vom zweistündigen Warten genervt, kam sie dann endlich dran. Der Vermittler schaute sich die Ergebnisse des Tests an und kommentierte ihn. Am Schluß seiner Bemerkungen meinte er, sie wäre für einen handwerklichen Beruf geeignet und bot ihr die Ausbildung als Frisöse an.

Nun, ihr blieb nichts mehr anderes übrig,denn Floristin (das war der andere Vorschlag), wollte sie nun wirklich nicht werden. So ging sie also zu dem ihr vorgeschlagenen Betrieb.

Sie wurde auch eingestellt. Die nächsten zwei Jahre sind kurz geschildert. Sie wäscht den ganzen Tag nur die Köpfe, darf am Abend meist länger bleiben. Samstags darf sie auch schaffen und bekam im ersten Lehrjahr 120 DM, im zweiten Lehrjahr 160 DM. Daß ihr das alles zum Halse raushängt, kann man sich vorstellen.

Ja, so wie es ihr ging, ging es noch einigen mehr. Nur noch lachen konnten wir, als wir an unsere Schulzeit zurückdachten. Mensch, haben wir da noch Illusionen gehabt.

Was wir alles werden wollten, was wir aus unserem Leben machen wollten! Nun, daraus ist nichts geworden und heute fragen wir uns, was uns die Zukunft bringen wird. Woher diese beschissene Situation kommt.

Darüber gab es mehrere Meinungen. Einer meinte, die Unternehmer wären gegen das neue Berufsausbildungsgesetz der SPD und deshalb würden sie jetzt einen Lehrstellenstopp machen. Doch diejenigen, die von uns im Betrieb sind, konnten darüber nur lachen.

„Mensch, der Unternehmer verdient sich an uns dumm und dämlich, und das neue Gesetz, das hilft ihm höchstens dabei, noch mehr zu verdienen; schau dir nur mal die neue Urlaubsregelung an, die ist jetzt schlechter, als sie vorher schon war. Nein, das Gesetz ist bestimmt nicht, außerdem wäre das ja was ganz Neues, wenn Gesetze bei uns denen schaden würden."

Einer aus einem Metallbetrieb konnte davon ein Lied singen. Mit dem Betrieb ging es bergab (es war eine Verzinkerei); da bekam der Unternehmer allerlei Hilfe, besonders staatliche Zuschüsse, die aus unseren Steuergeldern bezahlt werden. Das half aber alles nicht, der Betrieb ging bankrott.

Für den Lehrling war das sehr schlecht, er hatte eine Ausbildungszeit von 3 1/2 Jahren und es waren erst 1 1/2 Jahre vorbei. Auf dem Arbeitsamt erklärten sie, es gäbe keinen Betrieb, der ihn übernehmen würde, so war er arbeitslos geworden. Arbeitslosengeld bekam er knapp 200 DM, davon hätte er nicht leben können. Er wollte fast schon aufgeben, als er durch einen Verwandten doch noch eine weiterführende Lehrstelle bekam.

„Siehste", meinte er, „einerseits steckt der Staat Millionen an Geldern in den Arsch der Unternehmer, dafür gibt es Gesetze, dafür sorgt unser Staat; aber wenn man eine Lehre unterbrechen muß, aus sozusagen höheren Umständen, dann gibt es keine Gesetze, die mir eine weiterführende Lehrstelle anbieten würden."

Dieses Beispiel hat gesessen und selbst der eine, der so für die SPD schwärmt, war ganz ruhig geworden. Die meisten, besonders die, die schaffen, glaubten das mit dem Gesetz nicht. Sie meinten vielmehr, die Krise ist daran schuld, daß so wenig Lehrstellen da sind.

„Mensch, mein Vater hat doch auch schon Angst, daß er bald wieder entlassen wird." Und nicht nur Jugendliche sind es, die keine Arbeit haben. Den Alten geht es doch ganz genauso. Ja, und besonders die, die im Betrieb waren, konnten auch sagen, was das für eine Krise ist.

„Glaubste vielleicht, die Betriebe machen heute weniger Gewinn, da irrste dich, die machen höchstens mehr. Da hört man im Fernsehen immer, daß die kein Geld hätten für Lehrstellen — alles Quatsch. Bei uns" (er schafft bei Siemens) „gab es vor einem halben Jahr noch 1.000 Leute, heute sind es nicht einmal mehr 700. Und weißt du warum? Weil Siemens die Produktion ins Ausland verlegt, weil da ein Arbeiter weniger kostet als bei uns."

Ich berichtete, daß bei uns ständig rationalisiert wird. Was früher drei Dreher an einem Tag gemacht haben, macht jetzt ein Einsteller eines Drehautomaten an einem halben Tag. Und das bringt Geld.

Überhaupt hatten die meisten eine ganz schöne Wut auf die Unternehmer und es wurde viel geschimpft.

„Meinen Chef seh ich nur, wenn ich einen Anschiß verpaßt kriegen soll."

Ich lachte. „Na, du siehst den wenigstens noch. Ich kenne ihn nur aus der Zeitung, allerdings bin ich gar nicht scharf darauf, ihn kennenzulernen."

Es war schon spät geworden. Einige gingen schon. Es blieben aber noch ein paar da, die wissen wollten, ob ich immer noch in der Roten Garde bin. Sie kannten mich schon von der Volksschule als Kommunisten,und damals sprach ich mit so manchem über unsere Zukunft in dieser Gesellschaft. Doch war es damals viel schwieriger als heute; denn heute sahen sie schon viel klarer, wußten, was so im Betrieb läuft.

„Natürlich bin ich noch bei der Roten Garde", sagte ich. „Und heute weiß ich noch viel besser als damals, daß es richtig ist. Schaut mal, daß wir in dieser Gesellschaft keine Zukunft haben, sagt ihr ja selber. Wer daran schuld ist, daß einige von uns keine Lehrstellen haben und andere im Betrieb ausgenommen und unterdrückt werden, wißt ihr auch. Und daß der Staat, der sich demokratisch nennt, nichts anderes ist als die Interessensvertretung der Bonzen, das wird für viele immer klarer.

Wir sind gegen die Ausbeutung des Menschen und die gibt es solange es diese Bonzen gibt, solange denen die Betriebe gehören. Die Folgen sind Arbeitslosigkeit, Elend und Krieg.

Wir sind dafür, daß dem Volk alles gehört und daß nicht mehr der Profit, sondern der Mensch im Mittelpunkt steht.

Wir sind für den Kommunismus.

Nur, dieses Ziel werden wir nur erreichen können, wenn das deutsche Volk eine Revolution macht, in der es die Ausbeuter zum Teufel jagt.

Weil das Volk dazu eine Organisation braucht, denn der Feind ist auch organisiert, deshalb bin ich damals zur Roten Garde gegangen, der Jugendorganisation der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten. Und ich bin stolz, daß ich dort bin und mitkämpfe.

Viele von uns resignieren, fangen an zu saufen oder sonst was, doch ich hab ein Ziel vor Augen, für das es sich lohnt zu leben."

Es wurde noch viel darüber gesprochen. Der eine glaubte dies nicht, der andere konnte sich jenes nicht vorstellen. Doch vielleicht sehe ich ihn schon bei der nächsten Veranstaltung der Roten Garde.

## Gegen die opportunistische "Theorie der drei Welten"

# Resolution des II. Plenums des ZK der PCP(R)

**Zu wichtigen Fragen des Klassenkampfes auf nationaler und internationaler Ebene nahm das II. Plenum des Zentralkomitees der PCP (R) Stellung. Nach einer fruchtbaren Diskussion nahm das Plenum einstimmig eine Resolution an, die die Linie der Partei in vier grundlegenden Fragen zusammenfaßt.**

**Die Resolution drückt die entschiedene Opposition der PCP (R) gegen die opportunistische „Theorie der drei Welten" aus. Sie bekräftigt die marxistisch-leninistische Linie der Partei für den Sieg der Volksrevolution und des Sozialismus sowie ihren unnachgiebigen Kampf gegen die provokatorische Gruppe von Vilar. Die Resolution fordert die Verstärkung des Kampfes der Partei gegen die revisionistische Cunhal-Clique und stellt fest, daß die Linie der Partei noch konsequenter angewendet werden muß, um die Radikalisierung der Massenaktionen sowie den Sieg der Partei über alle Arten des Opportunismus zu garantieren.**

**Der folgende Artikel geht auf die ersten beiden Punkte dieser Resolution ein.**

Das ZK der PCP (R) erklärt in dieser Resolution „seine frontale Gegnerschaft mit der sogenannten ,Theorie der drei Welten', die bestimmte Kreise der internationalen marxistisch-leninistischen Bewegung als Strategie und Taktik aufzwingen wollen, die aber in Wirklichkeit eine opportunistische Theorie ist". Gestützt auf die Leninsche Analyse des Imperialismus bekräftigt die Resolution gegen die These, daß die sogenannte „Dritte Welt" das Zentrum der Revolution sei, daß die sozialistischen Länder das Bollwerk der Weltrevolution sind, daß die Arbeiterklasse aller Länder die einzige Kraft ist, die fähig ist, den gemeinsamen Kampf der Völker anzuführen. Gegen die These von der sogenannten „Zweiten Welt", die angeblich im antagonistischen Widerspruch zu den beiden Supermächten steht, bekräftigt die Resolution: „Der Kampf um die europäischen Länder von der Vorherrschaft der beiden Supermächte zu befreien, fällt der Arbeiterklasse an der Spitze der Volksmassen zu." Gegen die These, daß der amerikanische Imperialismus irgendeine positive Rolle im Kampf gegen den russischen Sozialimperialismus spielen könne, bekräftigt die Resolution, „daß man nicht gegen einen Imperialismus kämpfen kann, indem man sich auf den anderen stützt oder sich mit ihm verbündet. Die beiden Supermächte sind in gleichem Maß und in gleicher Weise wilde Feinde der Völker aller Länder dieser Welt." Weiter heißt es in der Resolution:

**„Die PCP (R) bleibt unter allen Umständen den marxistisch-leninistischen Prinzipien treu, daß die große bewegende Kraft der Geschichte die Arbeiterklasse der Welt ist mit ihrem Bollwerk, den Ländern, die auf dem siegreichen Weg der Diktatur des Proletariats gehen. Ihre engsten Verbündeten sind die unterdrückten Völker der halbkolonialen und abhängigen Länder, die sich im Kampf für ihre nationale und soziale Befreiung erheben. Was die Bourgeoisie betrifft, so versinkt sie weiter in der Agonie trotz der Hilfe, die ihr die modernen Revisionisten und die Opportunisten aller Art geben. Sie verstrickt sich in Widersprüchen und wird immer reaktionärer."** Weiter heißt es: „Es ist eine erhabene Pflicht der marxistisch-leninistischen Partei in jedem Land, in jeder Etappe der Revolution, wie auch die konkreten Umstände sein mögen, die ideologische und politische Unabhängigkeit, die führende Rolle des Proletariats zu sichern im Klassenkampf und das Proletariat entschlossen zur Eroberung der politischen Macht zu führen. Völlig opportunistisch sind diejenigen Positionen, die versuchen, unter Berufung auf die neuen Bedingungen durch den Revisionismus an der Macht und der Gefahr des Weltkrieges geschaffen wurden, die marxistisch-leninistischen Kategorien des Klassenkampfes durch die idealistischen Kategorien der drei Welten zu ersetzen. Sie vereinfachen und entstellen das Wirken der Widersprüche im Weltmaßstab, verwischen die Interessen des Proletariats mit denen der Bourgeoisie und enden damit, sich gegen die Hegemonie des Proletariats zu stellen, die Unterordnung des Proletariats unter die Bourgeoisie zu verlangen." In der Resolution wird dann nachgewiesen, daß ähnliche Positionen bereits von Lenin als Opportunismus, Chauvinismus unter sozialistischen Fahnen und als Übergang ins Lager der Bourgeoisie bezeichnet wurden.

**„Diese Tatsachen"**, heißt es weiter, **„sind es, die aus der ,Theorie der drei Welten' eine opportunistische und antimarxistische Theorie machen, die zurückgewiesen werden muß. Weder stärkt sie die sozialistischen Länder, noch entspricht sie den Interessen des Proletariats irgendeines Landes, noch hilft sie dem Fortschritt der Revolution in irgendeinem Teil der Welt, noch beseitigt sie die Gefahr eines Weltkrieges. Ihre Auswirkungen, wo sie auch angewendet werden, würden das genaue Gegenteil sein, sie nützt dem Imperialismus und dem Sozialimperialismus."** In der Resolution wird bekräftigt, daß die PCP (R) unter keinen Umständen darauf verzichten wird, diese opportunistische Linie zu bekämpfen, um sie zu entlarven und schließlich zu begraben. Abschließend heißt es in diesem Teil der Resolution: „In dem neuen großen Kampf der internationalen kommunistischen Bewegung gegen den Opportunismus betrachtet unsere Partei den Bericht des Genossen Enver Hoxha auf dem 7. Parteitag der PAA als einen marxistisch-leninistischen Beitrag von hohem Wert für die Strategie und Taktik der internationalen kommunistischen Bewegung, als ein Dokument, das mit einem tieferen marxistisch-leninistischen Verständnis des internationalen Klassenkampfes unter den Bedingungen der heutigen Welt wappnet. Genauso betrachtet unsere Partei den redaktionellen Artikel vom 7. Juli von ,Zëri i Popullit', dem Zentralorgan der PAA mit dem Titel ,Theorie und Praxis der Revolution', als eine bedeutende Hilfe, um die Wachsamkeit des marxistisch-leninistischen Kampfes zu verstärken gegen die opportunistischen Abweichungen, die ihn einzudringen versuchen."

Das ZK der PCP (R) hebt im zweiten Teil seiner Resolution hervor, daß der Kampf für den Sieg der Revolution untrennbar verbunden ist, mit dem unnachgiebigen Kampf gegen die provokatorische Gruppe von Vilar. Diese Gruppe, die früher den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei in Portugal bekämpfte, hat sich heute auf Provokationen gegen die internationale marxistisch-leninistische Bewegung spezialisiert.

„Da diese Tatsachen sehr gut bekannt sind", heißt es in der Resolution, „ist die PCP (R) gezwungen, sich mit Entrüstung gegen bestimmte internationale Kreise zu erheben, die fortfahren, die provokatorische Gruppe von Vilar mit den Ehren einer ,marxistisch-leninistischen Partei' zu empfangen und zahllose Ausdrücke von Wertschätzung an sie zu verschwenden... Niemand mit gesundem Verstand", heißt es weiter in der Resolution, „kann den ,unnachlässigen' Kampf von Vilar gegen den Imperialismus und den Faschismus und die Reaktion loben. 1973, als die Arbeiterklasse und die Volksmassen sich gegen das Regime von Caetano erhoben, empfahl Vilar ihnen die Untätigkeit. 1974 unterstützte er den Faschisten Spinola. 1975 leistete er Polizeidienste für den reaktionären proimperialistischen Putsch vom 25. November, was ihm öffentliches Lob von R. Eanes einbrachte. Gegenwärtig arbeitet er mit den schlimmsten Reaktionären und dem faschistischen Abschaum zusammen, mit Initiativen, die sich ,antisozialimperialistisch' nennen unter Führung des CIA. Er zeigt wirklich eine unermüdliche Aktivität im Dienste des Imperialismus und Faschismus.

Niemand, der die Wahrheit respektiert, kann die Beiträge Vilars zum Kampf gegen den Revisionismus und Sozialimperialismus lobpreisen. Das Gegenteil ist richtig. Das degradierende Schauspiel, das die Vilar-Gruppe gibt, ist eine ständige Beleidigung gegen den Marxismus-Leninismus, auf diese Weise dient er vollkommen der revisionistischen Clique Cunhals und hilft ihm dabei ihre verräterischen und provokatorischen Manöver gegen die wirklichen Marxisten-Leninisten fortzusetzen mit dem Ziel, die marxistisch-leninistischen Prinzipien zu entstellen, die Massen zu täuschen und sie vom Weg der Revolution und des Marxismus-Leninismus abzubringen... Es ist unmöglich", fährt die Resolution fort, „ohne sich lächerlich zu machen, zu behaupten, daß die Gruppe von Vilar ,noch größere Siege erringen wird, weil sie es versteht, die allgemeine Wahrheit des Marxismus-Leninismus mit der konkreten Praxis der Revolution in ihrem eigenen Land zu verbinden.' Ihre konkrete Praxis ist begrenzt auf Polizeispitzeldienste gegen die Streiks und die Massenbewegungen, auf den Beifall für die bürgerliche Unterdrückung, die Forderungen nach Enthaltsamkeit zugunsten der kapitalistischen Wiedereroberung, auf Handlangerdienste mit dem Ziel der Spaltung der Gewerkschaft, auf den Umgang mit den reaktionärsten Generälen und Politikern. Es ist äußerst bedauerlich, daß es jemand gibt, der Trinksprüche erhebt, auf die ,kämpferische Freundschaft und Einheit' mit dem verabscheuungswürdigen Provokateur Vilar. Es ist gut bekannt, daß die Marxisten-Leninisten, sobald sie dieses Individuum näher kennenlernten, in ihm einen gefährlichen Provokateur erkannten und ihn davonjagten wie es bei der Partei der Arbeit Albaniens der Fall war und bei anderen europäischen und lateinamerikanischen marxistisch-leninistischen Parteien."

Die Resolution bekräftigt die Ansicht der PCP (R), daß es in jedem Land nur eine kommunistische Partei geben kann, „eben diejenige, die den eindeutigen von Lenin verkündeten 21 Bedingungen zur Aufnahme in die Kommunistische Internationale entspricht. Unsere Partei meint, daß ihrem Sinn nach diese Bedingungen völlig auf die gegenwärtige Situation anwendbar sind, denn sie wurden ausgearbeitet für die ganze geschichtliche Epoche des Sturzes des Kapitalismus und des Aufbaus des Sozialismus."

Als kommunistische Partei kann in jedem Land nur diejenige anerkannt werden, so stellt die Resolution weiter fest, die fähig ist, die breiten Massen zu gewinnen, sie in der gewaltsamen Revolution zu führen mit dem Ziel, die Diktatur des Proletariats zu errichten; die einen flammenden prinzipiellen Kampf gegen den Revisionismus, den Opportunismus und den Zentrismus führt; die die politische und ideologische Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung wahrt. In diesem Licht betrachtet, hat die Vilar-Gruppe mit der internationalen kommunistischen Bewegung nichts zu tun und hat nur verdient, von allen kommunistischen Parteien hinausgeworfen zu werden.

Die PCP (R) ist stolz darauf, heißt es in der Resolution, brüderliche Beziehungen mit der großen Mehrheit der Parteien der internationalen marxistisch-leninistischen Bewegung zu haben, aus denen die große und heroische PAA herausragt. Die PCP (R) wird weiter unermüdlich kämpfen für die weitere Festigung der Verbindung zwischen den wahrhaften kommunistischen Bruderparteien auf der Basis der revolutionären Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus.

Abschließend heißt es in der Resolution: **„Die ganze Partei muß auf der Höhe ihrer revolutionären Aufgaben stehen. Wir müssen stets ein Beispiel marxistisch-leninistischer Festigkeit und revolutionärer Wachsamkeit sein. Tragen wir unter die Arbeiter, Bauern und Volksmassen die Fahne für den Sieg des 25. April des Volkes, der Volksrevolution und des Sozialismus!"**




**Abschlußveranstaltung des II. Parteitags der PCP (R) im April 1977**

# Grußbotschaft des II. Parteitags der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten an das Zentralkomitee der KPD/ML

**Vor einiger Zeit fand in Spanien in tiefster Illegalität der II. Parteitag der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten statt. Von diesem Parteitag aus sandten uns die spanischen Genossen folgende Grußbotschaft:**

**An das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten**

**Grußbotschaft des II. Parteitages der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten**

**Liebe Genossen,**

wir möchten Euch mitteilen, daß der II. Parteitag der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten in einer Atmosphäre großer revolutionärer Begeisterung stattgefunden hat. Auf dem Parteitag wurde neben anderen einstimmigen Beschlüssen auch der gefaßt, einen revolutionären und internationalistischen Gruß an die verschiedenen marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen zu senden, die in gleicher Weise unseren II. Parteitag gegrüßt und ihm heiße internationalistische Grußbotschaften gesandt haben.

Der II. Parteitag der KPSp/ML hat die Notwendigkeit bekräftigt, sich in den Tageskämpfen unseres Volkes auf die zukünftigen revolutionären Kämpfe und den Volkskrieg vorzubereiten, der Schluß machen wird mit der Oligarchie und der Herrschaft und Einmischung durch die ausländischen Mächte, an deren erster Stelle die Yankee-Imperialisten stehen. Er hat auch die Bedeutung der Fortsetzung und Verstärkung, der Unterstützung und Ausweitung der revolutionären Kampfformen der Massen in diesen Augenblicken hervorgehoben; diese Kampfformen sind in den Kämpfen der letzten Jahre im ganzen Land entstanden.

Der II. Parteitag hat in jeder Hinsicht bekräftigt, daß das spanische Proletariat, geführt von seiner Partei, der Kommunistischen Partei Spaniens/ML, heute an der Spitze der Volkskämpfe steht und so, geleitet von den marxistisch-leninistischen Prinzipien der Partei, seine Aufgabe als Führer der spanischen Revolution erfüllen wird, die ihm historisch zukommt.

Der II. Parteitag hat mit großem Beifall und bewegenden Zeichen der Begeisterung das Verlesen der verschiedenen Grußbotschaften der marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen der Welt aufgenommen. Der proletarisch-internationalistische Geist der spanischen Arbeiterklasse war immer auf jeder Sitzung unseres Parteitages vorherrschend. Insbesondere hat der Parteitag die wichtige Botschaft des Genossen Enver Hoxha im Namen des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens begrüßt. Diese Botschaft ist eine wertvolle Hilfe für unsere Partei und für den Kampf des spanischen Proletariats, sie nimmt auf wahrhaft marxistisch-leninistische Weise mit bemerkenswerter Klarheit Stellung zu bestimmten Fragen der politischen Situation in Spanien und der internationalen Lage.

Der II. Parteitag nahm neben anderen wichtigen Resolutionen und Berichten, von denen wir Euch Kopien schicken, mit besonderer Begeisterung der Teil des Rechenschaftsberichts unseres Zentralkomitees über internationale Fragen an. In diesem Teil, der verschiedene Male vom Beifall der Delegierten unterbrochen wurde, wird die faule Theorie der „drei Welten" angeklagt und als revisionistisch und abweichlerisch entlarvt, und es wird die Bedeutung dessen hervorgehoben, daß sich unsere Partei immer stärker mit allen wahrhaft marxistisch-leninistischen Parteien vereint, um die internationale marxistisch-leninistische Bewegung auf der Grundlage der Prinzipien und Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin zu stärken.

Liebe Genossen, wir danken Euch für Eure heißen Grüße an unseren II. Parteitag und möchten gleichzeitig die Bedeutung der großartigen internationalistischen Veranstaltung Eurer Partei in Ludwigshafen hervorheben, die dazu diente, die Einheit zwischen unseren beiden Parteien auf der Grundlage der Prinzipien noch enger zu gestalten.

Wir gedenken bewegt der Genossen Edgar André und Hans Beimler, die zusammen mit anderen deutschen Genossen als Kämpfer in den Internationalen Brigaden ihr Blut in unserem Spanien gegen den Nazifaschismus vergossen haben.

Gleichzeitig wünschen wir Euch viel Erfolg in Eurem gerechten Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland. Wir stehen an Eurer Seite und unterstützen Euch gegen alle Feinde, gleich welcher Färbung, die Euch anzugreifen und zu verleumden suchen. Wir bitten Euch, unsere revolutionären Kampfesgrüße den Genossen der Sektion DDR zu übermitteln, die unter schwierigen und harten Bedingungen kämpfen.

**Es lebe die KPD/ML!**

**Es lebe die revolutionäre Einheit zwischen unseren beiden Völkern und unseren beiden Parteien!**

**Es lebe der Marxismus-Leninismus!**

# Aus aller Welt

**SPANIEN/CHILE**

Kürzlich fand ein Treffen der Vertreter der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten (PCE/ML) und der Revolutionären Partei Chiles (RKP Chiles) statt. Auf dem Treffen wurde eine eingehende Analyse der internationalen politischen Lage vorgenommen und es fand ein Gedanken- und Erfahrungsaustausch über den Klassenkampf in Spanien und Chile statt. Das Treffen war von einem tiefen Gefühl der brüderlichen Einheit gekennzeichnet, und es kam die volle Übereinstimmung der Standpunkte der beiden Parteien zum Ausdruck. Zum Abschluß des Treffens wurde eine Erklärung herausgegeben.

Darin heißt es: „Die RKP Chiles unterstützt die korrekte Politik der PCE/ML, den ununterbrochenen Kampf gegen die faschistische Monarchie und für die Errichtung einer Föderativen Volksrepublik in Spanien als ersten Schritt zum Sozialismus zu führen. Die PCE/ML unterstützt den Kampf der RKP Chiles, alle Teile des Volkes, die für die Zerschlagung der Militärdiktatur in Chile sind, in der antifaschistischen Volksfront zusammenzuschließen als wichtigem Schritt auf dem Weg zur Machtergreifung durch das Volk und zur Errichtung einer Volksdemokratie, die dem Sozialismus den Weg bahnt."

Die Erklärung betont die Notwendigkeit des engen Zusammenschlusses der marxistisch-leninistischen Parteien im Kampf gegen den modernen Revisionismus. Sie verurteilt auch eine neu entstandene Form des Opportunismus, die das Prinzip verwischt, daß der Klassenkampf der Motor der Geschichte ist. Diese Opportunisten, so heißt es in der Erklärung, „reden vom Kampf gegen die Supermächte, in Wirklichkeit aber betrachten sie nur den Sozialimperialismus als ihren Feind und leugnen in der Praxis die Notwendigkeit, gegen den US-Imperialismus und dessen Verbündete zu kämpfen, unterstützen die Verstärkung der bürgerlichen, reaktionären und imperialistischen Streitkräfte, indem sie sie als Verbündete der Arbeiterklasse und des Volkes im Kampf gegen die eine oder die andere Supermacht bezeichnen."

Abschließend betonen beide Parteien in ihrer gemeinsamen Erklärung, daß der 7. Parteitag der PAA und vor allem der Rechenschaftsbericht des Genossen Enver Hoxha „einen sehr wichtigen Beitrag zur Festigung der Einheit der Marxisten-Leninisten und eine wertvolle und weitblickende Hilfe für die Auseinandersetzung und die Verteidigung der grundsätzlichen marxistisch-leninistischen Fragen sowie für die wichtigsten Probleme unserer Epoche darstellen."

**PALÄSTINA**

Während die beiden Supermächte und ihre reaktionären Komplizen in Tel Aviv immer neue Komplotte einer sogenannten „friedlichen Lösung" des Nahost-Konflikts aushecken, beweist das palästinensische Volk tagtäglich seine Bereitschaft, im bewaffneten Kampf für die vollständige Befreiung seiner Heimat auszuharren. Wie die palästinensische Nachrichtenagentur WAFA meldet, ist auch in den letzten Tagen durch mutige Aktionen der Partisanen dem zionistischen Feind schwerer Schaden zugefügt worden.

So wurden bei der Explosion einer Sprengladung in einem Armee-Depot in Jerusalem zwei Israelis verwundet und erheblicher Sachschaden verursacht. Eine weitere Aktion unternahmen die Partisanen in einem Gebäude israelischer Militärangehöriger in Tel Aviv. Dabei wurden elf Feinde getötet oder verwundet und das gesamte Gebäude zerstört. Bei einem Angriff in der Stadt Beersheba im Süden Palästinas wurden etwa 30 Feinde verwundet.

**INDIEN**

Die indischen Werktätigen beantworten die Versuche der Kapitalisten, durch verschärfte Ausbeutung die Krise auf ihren Rücken abzuwälzen, mit Streiks und Demonstrationen. So haben die Kapitalisten seit dem Machtantritt der neuen Regierung vor vier Monaten mehr als 4,2 Millionen Arbeitsstunden durch Streiks verloren.

Auch die Jugendlichen setzen ihren Kampf gegen das reaktionäre indische Regime fort. So kam es in den letzten Tagen in Madras zu heftigen Zusammenstößen zwischen der Polizei und demonstrierenden Studenten. Dabei setzten die reaktionären Polizeitruppen Schußwaffen und Tränengasgranaten ein. Trotzdem gelang es den Jugendlichen, ein Regierungsgebäude in Madras zu besetzen. Insgesamt wurden über hundert Demonstranten bei diesen Kämpfen verletzt.

**JAPAN**

Die Bauern von Narita wehren sich weiter mutig gegen die Errichtung eines Militärflughafens auf ihrem Grund und Boden. Mehrere tausend von ihnen führten, unterstützt von Arbeitern und Studenten, eine machtvolle Demonstration gegen die volksfeindliche Politik der Regierung durch. Die japanische Bourgeoisie bot gegen die Demonstranten über 3.000 Polizisten auf, die den Aufmarsch der Bauern brutal mit Tränengasbomben angriffen.

**ENGLAND**

Die britischen Werktätigen sind nicht bereit, das reaktionäre Wirtschaftsprogramm der Londoner Regierung, das ihnen zunehmende Arbeitslosigkeit, verschärfte Ausbeutung und Preiserhöhungen bringt, kampflos hinzunehmen. In mehreren Branchen entwickelten sich in der letzten Zeit machtvolle Streiks. So riefen 6.000 Arbeiter der Luftfahrtsgesellschaft British Airways einen dreiwöchigen Streik aus, der den Kapitalisten einen Verlust von 60 Millionen Pfund Sterling brachte. Außerdem sind Tausende Hafenarbeiter, Lehrkräfte, Werktätige des Gesundheitswesens und andere in den Ausstand getreten.

**SOWJETUNION/IRAN**

Die russischen Sozialimperialisten haben ihre Zusammenarbeit mit dem faschistischen Schah-Regime weiter ausgebaut. Durch mehrere Abkommen, die sie jetzt mit Teheran abgeschlossen haben, wollen sie noch weiter in die verschiedenen Wirtschaftszweige des Iran eindringen. Eine große Bedeutung nimmt dabei das Energie-Geschäft ein. Der Iran will Erdöl und Erdgas durch das Gebiet der Sowjetunion nach Westeuropa befördern. Als Gegenleistung dafür verlangen die Sozialimperialisten die Lieferung von Gas und Öl zu Bedingungen, die sie dem Iran aufzwingen.

**ITALIEN**

Mehrere Millionen Arbeiter nahmen in den ersten sechs Monaten dieses Jahres an Streiks teil, um gegen die ständige Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen zu kämpfen. Nach offiziellen Statistiken haben die italienischen Kapitalisten dabei allein im Monat Juni 10,6 Millionen Streikstunden verloren.



Bandeira Vermelha

Spanien Portugal

**REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN**

**Lieber Leser des ROTEN MORGEN!**

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **GEWISO-Buchvertrieb, 2 Hamburg 50, Postfach 500568, Tel.: 040/3902959**

Italien Griechenland

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

ΠΡΟΛΕΤΑΡΙΑΚΗ ΣΗΜΑΙΑ

## Spanien beantragt EG-Beitritt

# Erweiterung der EG - gegen die Völker Europas

**Einen Antrag zum Beitritt in die EG hat jetzt die spanische Regierung gestellt. Damit ist Spanien nach Griechenland und Portugal das dritte Land Südeuropas, das in die EG eingegliedert werden soll. Beifall für den spanischen Antrag gab es vor allem aus Bonn. Spanien, so wurde dort erklärt, habe „demokratische Strukturen hergestellt". Einem Beitritt in die EG dürfe nun kein Hindernis mehr entgegengestellt werden.**

Demokratische Strukturen? Nach wie vor unterdrückt das Madrider Regime mit faschistischem Terror die Kämpfe der Völker Spaniens, nach wie vor morden die Polizeibanden der berüchtigten Guardia Civil Streikende und Demonstranten. Nach wie vor schicken die faschistischen Militärgerichte Patrioten in die Gefängnisse, bleiben trotz der sogenannten Amnestie die Kämpfer der marxistisch-leninistischen Partei und der FRAP eingekerkert. Das heutige monarchofaschistische Regime Juan Carlos ist nichts anderes als die Fortsetzung der Franco-Diktatur.

Daß gerade die westdeutschen Imperialisten sich zum Fürsprecher dieses Regimes machen,ist nicht verwunderlich. Polizeimorde, Terroristenhysterie, Berufsverbote — das alles hat unter den Völkern Europas Empörung hervorgerufen, hat ihnen den reaktionären Charakter des westdeutschen Imperialismus deutlich gemacht. Die ständigen Einmischungen Bonns in die Politik der anderen europäischen Länder, die bedingungslose Unterstützung für faschistische und reaktionäre Regime hat den Völkern gezeigt, daß der westdeutsche Imperialismus ein gefährlicher Feind ist, der entschieden bekämpft werden muß. Und ausgerechnet die Bonner Imperialisten treten als Hüter der Demokratie in Europa auf!

Aber ihnen geht es bei ihren Bemühungen um eine Eingliederung Spaniens, Griechenlands und Portugals in die EG weder um Demokratie, noch um das wirtschaftliche Wohl der Völker dieser Länder, wie sie ständig behaupten. Es geht ihnen um die Erweiterung ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht. So konnte man etwa in der „Welt" zum Beitrittsantrag Spaniens lesen: „Die deutsche Industrie hat schon längst das Terrain sondiert und kommt zu günstigen Prognosen. Die Möglichkeiten deutscher Investitionen sind umfangreich und eröffnen gewinnträchtige Perspektiven."

Schon heute kontrollieren die EG-Monopole einen großen Teil der Wirtschaft Spaniens, Portugals und Griechenlands. Und es sind die westdeutschen Imperialisten, die dabei an der Spitze stehen. Allein in Spanien besitzen ihre Konzerne über tausend Filialen. Sie sitzen den Werktätigen Südeuropas im Nacken, um ihre billige Arbeitskraft auszubeuten. Sie haben mit allen Mitteln die alten faschistischen Terrorregime unterstützt, die mit Polizeiknüppeln und Bajonetten für Ruhe in den Filialen der Hoechst, Siemens usw. gesorgt haben. Und sie päppeln heute die reaktionären Regime hoch, die genau wie ihre Vorgänger den Ausverkauf der Wirtschaft ihrer Länder an die ausländischen Imperialisten betreiben.

Wenn diese Länder jetzt in die EG eingegliedert werden, dann bedeutet das für die europäischen Monopole noch bessere Möglichkeiten des Kapitalexports. Dann heißt das, daß die Zollschranken fallen werden und sie die Märkte Spaniens, Griechenlands und Portugals mit ihren Waren überschwemmen können. Weiter sehen die großen EG-Monopole die Möglichkeit, über Lissabon in die ehemaligen portugiesischen Kolonien, über Madrid nach Lateinamerika und über Athen in den Nahen Osten vorzudringen. Das sind die „gewinnträchtigen Perspektiven", die sich die EG-Imperialisten ausrechnen.

Und wie sieht es für die Länder Südeuropas aus? „Wir bereiten uns fieberhaft auf den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft vor", erklärte der griechische Minister Papaligouras. Seine Regierung hat zu diesem Zweck im Juni einen Fünfjahresplan verabschiedet. Die portugiesische Regierung hat einen „mittelfristigen Wirtschaftsplan" entwickelt, um Portugal „reif zu machen" für die EG und in Madrid wurde gerade ein neues Wirtschaftsprogramm durchgedrückt. All diese Pläne haben einen gemeinsamen Kern: Sie sollen einerseits die einheimische Großbourgeoisie konkurrenzfähiger gegenüber den europäischen Monopolen machen und andererseits noch stärker als zuvor ausländische Investitionen begünstigen. Deshalb sehen alle Pläne eine weitere Befreiung der Kapitalisten von Steuern vor, während für die Werktätigen die Steuerschraube noch mehr angezogen werden soll. Ein weiteres Ziel ist die Senkung der Löhne und — vor allem in Spanien — die Erhöhung der Sozialabgaben.

Auf der anderen Seite werden, um die Beitrittsbedingungen der EG zu erfüllen, den europäischen Monopolen die Tore schon jetzt bedingungslos geöffnet. So sieht der portugiesische Wirtschaftsplan sogar den vollständig freien Transfer von Gewinnen für ausländische Investoren vor. Ebenfalls in Portugal wurde den EG-Monopolen noch ein weiteres schwerwiegendes Zugeständnis gemacht: Der Landbesitz, den sie sich in der Vergangenheit angeeignet und den sich die Bauern nach dem Sturz des faschistischen Regimes zurückgenommen hatten, wird ihnen jetzt vom Lissaboner Regime zurückgegeben.

Gerade diese Tatsache zeigt den ganzen reaktionären Charakter der geplanten Erweiterung der EG. Sie bedeutet nicht nur eine verschärfte Ausbeutung der Werktätigen der drei Länder. Sie bedeutet auch eine Ausdehnung der politischen Macht der westeuropäischen Imperialisten. Dort, wo wie in Portugal die Volksmassen im Kampf gegen die faschistische Diktatur wichtige Positionen erobert haben, unternehmen die EG-Imperialisten im Verein mit dem Soares-Regime alles, um das Rad der Geschichte zurückzudrehen, um die von den Werktätigen erkämpften Rechte wieder abzubauen. Es ist bekannt, daß Soares für seine Rolle in Bonn vorbereitet wurde und er hat noch immer zur Zufriedenheit seiner Lehrmeister gearbeitet.

Beitritt zur EG, das bedeutet für die Länder Südeuropas nicht nur offene Grenzen für die Monopole, sondern auch offene Grenzen für die NATO-Truppen. Bonn hat seine Zustimmung zum EG-Beitritt Spaniens unverhohlen mit der Aufforderung an Madrid verbunden, Mitglied der NATO zu werden. Portugal gehört diesem unter amerikanischer Kontrolle stehenden aggressiven Militärpakt schon an. Griechenland ist zwar vor einigen Jahren aus der NATO ausgeschieden, gewährt aber ebenso wie die beiden anderen Länder den amerikanischen Imperialisten Militärstützpunkte auf seinem Territorium. Jetzt sollen über die Eingliederung in die EG alle drei Länder in den westlichen Militärpakt hineingezogen werden, um — wie es heißt — „die Südflanke der NATO zu stärken."

Für die Völker dieser Länder bedeutet das eine Verstärkung der Abhängigkeit von der amerikanischen Supermacht und ihren europäischen Verbündeten vor allem den westdeutschen Imperialisten.

Ihrem Kampf um nationale Unabhängigkeit und soziale Befreiung stehen dann nicht nur der Unterdrückungsapparat der einheimischen Bourgeoisie, sondern auch die NATO-Truppen entgegen.

Gegen diese reaktionäre Formierung Westeuropas unter dem Kommando der Monopole diesseits und jenseits des Atlantiks müssen die Völker ihren Kampf verstärken. Dabei hilft kein Vertrauen auf das Europa-Parlament, wie es die modernen Revisionisten propagieren als Weg zur angeblichen „Demokratisierung der EG". Niemals werden die europäischen Imperialisten ihre Macht freiwillig aus der Hand geben, niemals wird sich die amerikanische Supermacht freiwillig aus Westeuropa zurückziehen. Der einzige Weg, um die Herrschaft der Imperialisten zu zerbrechen, um ein wirkliches Europa der Völker zu schaffen, ist der Weg der Revolution, des gewaltsamen Sturzes der Bourgeoisie in jedem einzelnen Land.

## Zaire

# Westdeutsche Imperialisten bauen Raketenrampen

**Ein Geheimvertrag der westdeutschen Raketen-Firma Otrag mit dem reaktionären Mobutu-Regime vom Kongo (Zaire) ist jetzt ans Tageslicht gekommen. Darin heißt es, daß der Otrag die vollständige Nutzung der Provinz Kivu überlassen wird. Diese Provinz ist immerhin größer als die Deutsche Bundesrepublik. Das Mobutu-Regime wird für diesen Ausverkauf einer ganzen Region des Kongo an die westdeutschen Imperialisten mit 800 Millionen Mark belohnt.**

Von den Rampen, die die Otrag in Kivu bauen wird, können — wie es heißt — „Geschosse aller Art in die Atmosphäre und in den Weltraum" geschossen werden, darunter auch Raketen mit Atomsprengköpfen. Warum haben sich die westdeutschen Imperialisten gerade den Kongo für ihre Raketen-Rampen ausgesucht?

Seitdem dort nach einem blutigen Aggressionskrieg gegen das kongolesische Volk das Mobutu-Regime von den amerikanischen Imperialisten an die Macht geputscht wurde, ist der Kongo ein Tummelplatz für die westlichen Monopole. 100% des Kobalts, 80% der Diamanten, 90% des Urans werden zum Beispiel von den amerikanischen Imperialisten ausgebeutet. Sie haben das Land faktisch zu ihrer Kolonie gemacht. Aber auch die Siemens, Bayer, Klöckner usw. sind an der Ausplünderung des Kongo beteiligt.

Und die Bonner Imperialisten standen noch immer an der Seite ihrer amerikanischen Verbündeten, wenn es darum ging, das reaktionäre Mobutu-Regime mit Waffen auszurüsten. Diese Haltung hat auch Genscher noch einmal bekräftigt, als er im Mai zu einem Staatsbesuch in Kinshasa war. Sie sehen in der Terrorherrschaft der Mobutu-Clique über das kongolesische Volk die Garantie für den Erhalt ihrer reichen Pfründe.

Darüber hinaus ist für sie, vor allem für die amerikanische Supermacht, der Kongo ein Stützpunkt im Kampf mit den russischen Sozialimperialisten um die Kontrolle über ganz Afrika. Deshalb sind die Raketenrampen von Kivu nicht nur eine Bedrohung des kongolesischen Volkes, sondern auch der anderen afrikanischen Völker.

# DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

## Militante Streiks in USA und Kanada

# Bewaffneter Überfall auf streikende Arbeiter

**Tausende von Arbeitern in den Erzgruben von Michigan, an den Hochöfen von Massachussets stehen im Streik. Weitere Arbeiter der Stahlindustrie des amerikanischen Mittelwestens haben Arbeitsniederlegungen angekündigt. Mit diesem Streik, ihrem ersten seit 18 Jahren, haben die amerikanischen Stahlarbeiter einen reaktionären Kontrakt zwischen den Stahlkapitalisten und den Gewerkschaftsbonzen zerrissen, nach dem Streiks generell verboten sind.**

Der Ausstand der Stahlarbeiter ist ebenso wie die großen Streiks des letzten Monats in der Kupfer- und Textilindustrie, an denen 100.000 Kollegen beteiligt waren, ein Zeichen für den verstärkten Widerstand des amerikanischen Proletariats gegen die scharfen Angriffe der Bourgeoisie. Carter, der neue Mann der Wallstreet-Monopole im Weißen Haus, hatte vor seiner Wahl das Blaue vom Himmel versprochen, hatte soziale Gerechtigkeit für die Werktätigen gepredigt. Aber all das diente nur dazu, die Massen zu betrügen, ihnen einzureden, daß ihr Schicksal davon abhinge, ob ein „Republikaner" oder ein „Demokrat", ein Ford oder ein Carter in Washington residieren würde.

Aber nichts hat sich für die amerikanischen Werktätigen geändert. Nach wie vor wälzen die Kapitalisten alle Lasten der Krise auf ihre Schultern ab, steigt die Arbeitslosigkeit an, verschärft sich die Ausbeutung in den Betrieben. Deshalb sind immer weniger Arbeiter bereit, den Stillhalte-Appellen der Regierung und der reaktionären Gewerkschaftsbonzen zu folgen. Sie erkennen, daß sie nur im Kampf, auf ihre eigenen Kräfte vertrauend, ihre Lage verbessern können.

Das zeigte sich besonders deutlich bei einem Streik, der Ende Juli im Detroiter Werk Lynch Road des Autokonzerns Chrysler begann. Der Anlaß dafür waren einige spontane Arbeitsniederlegungen gewesen, mit denen die Kollegen während der Hitzewelle für eine bessere Entlüftung der Hallen gekämpft hatten. Die Chrysler-Bosse glaubten, sie könnten diesem Kampf die Spitze abbrechen, indem sie einige der streikenden Kollegen auf die Straße setzten. Aber da hatten sie die Rechnung ohne die Arbeiter von Lynch Road gemacht. Die forderten die sofortige Wiedereinstellung der Entlassenen. Und auch dem reaktionären Gewerkschaftsapparat gelang es nicht, die Kollegen vom Kampf für diese Forderung abzubringen. Die Bonzen der UAW-Gewerkschaft beriefen eine Versammlung ein, auf der sie den Kampf abwiegeln wollten, indem sie versprachen, sofort in Verhandlungen mit den Chrysler-Kapitalisten einzutreten. Aber die Arbeiter durchschauten dieses Manöver. Sie hielten den Bonzen vor, daß sie ja auch noch immer in Verhandlungen wären wegen einiger Kollegen, die schon im letzten Winter entlassen worden waren. Mehrere hundert Arbeiter verließen die Versammlung, zogen vor das Werk und verbarrikadierten die Eingänge mit Autos.

Sie diskutierten mit den anderen Kollegen und alle Schichten stimmten für den Streik. Das Werk Lynch Road stand still. Die Chrysler-Bosse, in trauter Gemeinsamkeit mit den UAW-Bonzen, traten daraufhin im Radio und Fernsehen auf und versuchten mit Drohungen und Erpressungen, die Kollegen wieder an die Arbeit zu bringen. Aber die Streikfront stand. In dieser Situation griffen die Kapitalisten zur offenen, brutalen Gewalt. In der Nacht zum 22. Juli schickten sie einen Armeehubschrauber über das bestreikte Werk. Mit starken Scheinwerfern tauchte er die Fabrik und die Barrikaden davor in taghelles Licht. Das war das Signal für mehrere Einheiten der Detroiter Polizei, zum Angriff überzugehen.



Die faschistische Privatarmee des amerikanischen Konzerns „International Multifoods" schießt auf streikende Arbeiter.

Ein Chrysler-Kollege berichtete später: „Ich dachte, es wäre Krieg. Ein Hubschrauber schoß aus dem Himmel herab und überall war Polizei mit Schlagstöcken und Helmen. Aber wir hielten Lynch geschlossen." Trotz dieses brutalen Angriffs harrten die Arbeiter im Kampf aus. Sie stellten einen Katalog von Forderungen auf, in dem sie neben der Wiedereinstellung der entlassenen Kollegen auch längere Pausen während der Sommerhitze und niedrigere Bandgeschwindigkeiten verlangen.

Das Beispiel Chrysler zeigt, daß der Staatsapparat ein Werkzeug in den Händen der Bourgeoisie ist, und daß sie dieses Werkzeug gegen die Werktätigen einsetzt, wann immer sie ihre Interessen bedroht sieht. Darüber hinaus haben sich die amerikanischen Monopole auch noch Privatarmeen geschaffen, um die Arbeiter ihrer Werke zu terrorisieren und niederzuhalten. Eine solche Privatarmee hat am 22. Juni der US-Konzern International Multifoods gegen die streikenden Arbeiter seiner Filiale in Montreal/Kanada eingesetzt. Die Kollegen dieses Werkes, einer Mühle, stehen schon seit dem 4. Februar im Streik. Mit Hilfe der reaktionären, den US-Monopolen hörigen kanadischen Regierung hatten die Kapitalisten eine schon ausgehandelte Lohnerhöhung von 11% nachträglich auf 8,5% zusammengestrichen. Die bürgerlichen Klassengerichte erklärten den Streik der Mühlenarbeiter für „illegal", aber die Kampffront stand fest über all die Monate hinweg.

Am 22. Juli gingen die Kollegen gegen Streikbrecher vor, die Mehlsäcke aus dem Betrieb herausbringen wollten. Sofort war die Polizei da, um den Streikbrechern mit ihren Knüppeln eine Bresche zu schlagen. Die Verwirrung, die dadurch in den Reihen der Arbeiter entstand, nutzten die von International Multifoods angeheuerten bewaffneten Gangster aus, um mit Schrotflinten das Feuer auf die Arbeiter zu eröffnen. Drei Kollegen brachen unter den Kugeln zusammen und mußten mit teilweise schweren Verletzungen ins Krankenhaus gefahren werden.

Aber auch hier konnte der nackte faschistische Terror den Kampf der Kollegen nicht brechen. Im Gegenteil: Sofort nach dem bewaffneten Überfall traten auch die Arbeiter in einigen anderen kanadischen Mühlen in den Streik.

Die Härte, mit der die amerikanischen Arbeiter ihre Kämpfe durchstehen, zeugt von ihrer hohen Kampfbereitschaft, ihrem wachsenden Klassenbewußtsein. Bezeichnend für die gegenwärtigen Kämpfe ist, daß die Arbeiter immer häufiger mit dem bürgerlichen Staat, sei es in Form der Gerichte oder der Polizeitruppen, zusammenstoßen, daß immer häufiger ihre gerechte Gewalt gegen die reaktionäre Gewalt der Bourgeoisie steht. So lernt die Arbeiterklasse in ihren Kämpfen immer besser, das wahre Gesicht des bürgerlichen Staates kennen als eines Unterdrückungsinstruments der herrschenden Klasse.

Ein anderes Kennzeichen ist die zunehmende Opposition der kämpfenden Arbeiter gegenüber dem verräterischen reaktionären Gewerkschaftsapparat. Als die Streikenden von Chrysler ihre Forderungen aufstellten, waren diese nicht nur an die Kapitalisten, sondern auch an den UAW-Apparat gerichtet: Die Autoarbeiter verlangten das Recht auf jederzeitige Abberufung derjenigen Vertrauensleute, die dem Kampf der Kollegen in den Rücken fallen. Auch die amerikanischen Arbeiter werden dann Erfolge erzielen, wenn sie, im Vertrauen auf die eigene Kraft, den konsequenten revolutionären Kampf führen gegen die Bourgeoisie und ihren Staatsapparat, gegen die reaktionären Gewerkschaftsbonzen und alle anderen Verräter in ihren eigenen Reihen. Eine wirklich grundlegende Veränderung ihrer Lage werden sie nur dann erreichen, wenn sie, geführt von ihrer marxistisch-leninistischen Partei, in der bewaffneten Revolution der Herrschaft der Bourgeoisie ein Ende bereiten.

# Die lateinamerikanische Jugend im Kampf für ihre Rechte

**Der Kampf der lateinamerikanischen Jugend und Studenten hat einen großen Aufschwung genommen. Die Arbeiterjugend, auf deren Schultern die doppelte Ausbeutung und Unterdrückung durch die einheimischen Kapitalisten und die ausländischen Monopole, vorwiegend der amerikanischen, lastet, steht auf den Barrikaden des Klassenkampfes.**

Die argentinischen Jugendlichen haben sich an den Streiks der Arbeiterklasse beteiligt, durch die wochenlang Dutzende Elektrizitätswerke, Automobilwerke, Schiffswerften und andere Werke lahmgelegt wurden. Die Jugendlichen aus der Arbeiterschaft Chiles sind massenhaft an den mächtigen Streiks der Werktätigen der Industrie, des Bauwesens und anderer Zweige der Wirtschaft beteiligt, und die bolivianischen Jugendlichen, die in den Zinnbergwerken arbeiten, haben ihr Klassenbewußtsein bewiesen, indem sie entschlossen einen langwierigen Streikkampf gegen die kapitalistischen Eigentümer führten und ihnen standhielten.

**Die marxistisch-leninistische Weltbewegung wächst und erstarkt**

**Heft 7** — Dokumente zum Kampf der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles, 80 Seiten, Preis 3 DM;
**Heft 8** — Es lebe die ruhmreiche Kommunistische Partei Brasiliens, 100 Seiten, Preis 3,50 DM.
Zu bestellen bei: GEWISO-Buchvertrieb, Postfach 500 568, 2 Hamburg 50

Die lateinamerikanischen Studenten folgen dem Beispiel der Arbeiterklasse, und auch ihr Kampf nimmt immer größere Ausmaße an. In Brasilien begann das neue Studienjahr mit neuen Zusammenstößen zwischen den Unterdrückerkräften der blutrünstigen faschistischen Kräfte Geisels und den Studenten. Die chilenische Nachrichtenagentur ANCHA berichtet, daß die faschistische Junta Pinochets mit brutaler Gewalt gegen die Universitätsstudenten, besonders gegen die Medizinstudenten vorgeht, die ihren Haß gegen das herrschende Regime bekunden. Eine Verstärkung der Studentenbewegung wurde in letzter Zeit auch in der Dominikanischen Republik, in Kolumbien, in Ecuador und anderswo festgestellt, wo der Protest gegen das kapitalistische System zum Ausdruck gebracht wird, das die Studenten unterdrückt und ihnen alle Lebensaussichten verschlossen hat.

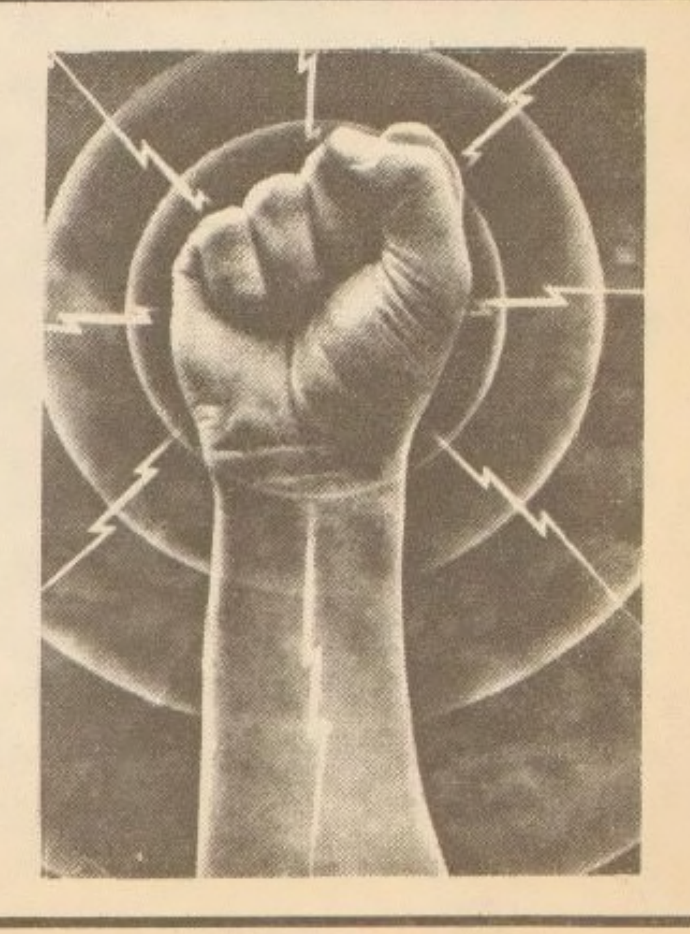
Die machtvollen Schlachten der Arbeiter- und Bauernjugend sowie die der Studentenjugend sind ein Bestandteil der Bewegung der lateinamerikanischen Volksmassen, und ihre Kämpfe tragen die Züge dieser Volksbewegung. Die Speerspitze des Kampfes der Studenten ist gegen die Macht der Bourgeoisie, gegen die diktatorischen Regime im Lande sowie gegen die imperialistische Herrschaft gerichtet. Durch die Erfahrung des Kampfes und die Realität erhält die revolutionäre Jugend tagtäglich den Beweis, daß die äußeren Feinde nicht bekämpft werden können, wenn man nicht zugleich auch die inneren Feinde schlägt und bekämpft, daß die reaktionären herrschenden Klassen im Land durch tausend Fäden mit den fremden Imperialisten und den internationalen Monopolen verbunden sind, daß sie Feinde der Freiheit und der nationalen Unabhängigkeit sind. Daher haben die Studenten Brasiliens, San Salvadors, Chiles und anderer Länder ständig Demonstrationen veranstaltet mit klaren Parolen gegen die herrschenden reaktionären Regime und sind mit deren Gewaltapparaten zusammengestoßen.

Ein Kennzeichen des Kampfes der lateinamerikanischen Jugend ist die immer stärkere Auflehnung gegen die imperialistische Herrschaft und Ausplünderung. Den Schwung des antiamerikanischen Kampfes der Völker und der Jugend Lateinamerikas konnte auch die sogenannte „neue Lateinamerika-Politik" Washingtons, die vom neuen Chef des USA-Imperialismus Carter aufgetischt wurde, nicht aufhalten. Im Gegenteil. Wie alle Völker Lateinamerikas so ist auch die Jugend davon überzeugt, daß die Yankees niemals ihre aggressive Natur geändert haben und auch nicht ändern werden und fordern mit Nachdruck die Entfernung der Amerikaner aus Lateinamerika. Während sie gegen das Joch des Yankeeimperialismus kämpfen, lehnen sich die Völker und die Jugend Lateinamerikas mit Nachdruck auch gegen die Versuche des sowjetischen Sozialimperialismus auf, die Stelle seines Rivalen einzunehmen, seine neokolonialistischen Klauen auf diese Region auszustrecken.

Der Kampf der Jugend und der Studenten Lateinamerikas ist im Anstieg begriffen trotz der brutalen Gewalt der diktatorischen Regime. Der Kampf der Jugend ist ein Feuer, das nicht zum Erlöschen gebracht werden kann, weil die Bestrebungen und die Wünsche der Jugend für den Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht abgewürgt werden können. (Eine Sendung von Radio Tirana).

## HÖRT RADIO TIRANA

| UHRZEIT | WELLENLÄNGE | | |
|---|---|---|---|
| | 1. Programm | | |
| 13.00-13.30 | 9350 kHz | 32,08 m | KW |
| | 7300 kHz | 41,10 m | KW |
| 14.30-15.00 | 9350 kHz | 32,08 m | KW |
| | 7300 kHz | 41,10 m | KW |
| 16.00-16.30 | 9350 kHz | 32,08 m | KW |
| | 7300 kHz | 41,10 m | KW |
| 18.00-18.30 | 9350 kHz | 32,08 m | KW |
| | 7300 kHz | 41,10 m | KW |
| 19.00-19.30 | 7300 kHz | 41,10 m | KW |
| | 5945 kHz | 50,46 mm | KW |
| | 2. Programm | | |
| 21.30-22.00 | 7300 kHz | 41,10 m | KW |
| | 5945 kHz | 50,46 m | KW |
| | 1394 kHz | 215 m | MW |
| 23.00-23.30 | 7300 kHz | 41,10 m | KW |
| | 5945 kHz | 50,46 m | KW |
| | 1457 kHz | 206 m | MW |
| 06.00-06.30 | 7300 kHz | 41,10 m | KW |
| | 5945 kHz | 50,46 m | KW |
| | 1394 kHz | 215 m | MW |



## Kernkraftwerke Esenshamm und Brokdorf

# Der Kampf geht weiter

Grünes Licht hat das Bundesministerium für die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks in Esenshamm an der Unterweser gegeben. Dagegen demonstrierten etwa 2.000 Menschen Anfang Juli zum Gelände des KKW. Obwohl mehrere Hundertschaften der Polizei, bis an die Zähne bewaffnet, den Platz bewachten, gelang es einigen hundert Demonstranten, den Zaun in einer Länge von 30 Metern niederzureißen und auf das Gelände vorzudringen.

Die Empörung der Werktätigen an der Unterweser richtet sich gegen ein Projekt, daß den Energie-Konzernen riesige Profite, ihnen selbst aber Gefahren größten Ausmaßes bringen würde. Abgesehen von der generellen Gefährdung des Lebens und der Umwelt durch die kapitalistischen Atomkraftwerke, ist schon jetzt abzusehen, daß eine Inbetriebnahme des KKW Esenshamm verheerende Folgen für die Weser-Ems-Region hätte.

Denn unmittelbar neben dem KKW entnehmen die Siele der größten Bewässerungssysteme Norddeutschlands ihr Wasser aus der Weser. Eine systematische radioaktive Verseuchung von Butjadingen und Stadland, erst der Wiesen und Felder, dann der Tiere und der Menschen wäre die Folge.

Aber das kümmert die Kapitalisten der Energie-Konzerne einen Dreck. Für sie ist nur die Rechnung ausschlaggebend, die sie aufgemacht haben: An jedem Tag, an dem das Atomkraftwerk nicht in Betrieb ist, verlieren sie 600.000 Mark. Die Tatsache, daß Bonn jetzt trotz der erwiesenen Gefahren und obwohl das KKW noch nicht einmal den vorgeschriebenen Berstschutz um den Reaktorkern hat, die Inbetriebnahme durchpeitschen will, zeigt deutlich, in wessen Interesse der bürgerliche Staat handelt. Die Werktätigen an der Unterweser haben in ihrem Kampf gegen das KKW immer wieder die Erfahrung gemacht, daß dieser Staat ihr erbitterter Gegner ist.

So schreibt der Landesbezirk Weser/Ems der Partei in einem Flugblatt: „Beim Ankauf von Land für das KKW trat der Oberkreisdirektor des Landkreises Wesermarsch, Bernhardt, persönlich an die Bauern heran und schwatzte ihnen für ein lächerlich geringes Geld das Land ab. Daß dort ein KKW gebaut werden sollte, dies verschwieg der saubere Bernhardt. Er redete nur allgemein, es solle Industrie angesiedelt werden. Bernhardt war zu diesem Zeitpunkt im Aufsichtsrat der Energieversorgung Weser-Ems (EWE) und hat den Bau des KKW in Esenshamm aktiv mit vorangetrieben. Dieser gleiche Bernhardt leitete anschließend in seiner Eigenschaft als Oberkreisdirektor die „Anhörungsverfahren", in denen man seine Einwände gegen das KKW vorbringen konnte. Als Umweltschützer diesen Beschiß anprangerten und sagten, Bernhardt habe sich persönlich bereichert, erstattete dieser Anzeige wegen Beleidigung. Zwei von ihnen erhielten Geldstrafen von 5.000 Mark.

Ein anderes Beispiel ist der Wärmelastplan der Weser. Nach der erfolgreichen Klage eines Braker Fischers wegen zu hoher Abwärme hätte das NWK zumindest Kühltürme bauen müssen. Doch das Land Niedersachsen hob vor wenigen Wochen einfach den Wärmelastplan auf, so daß das Gerichtsurteil nichtig wurde. Jetzt wird in einigen Wochen ein neuer Plan aufgetischt, in dem sicherlich zum Ausdruck kommt, selbst wenn die Weser kochen sollte, so wäre dies noch kein Grund zur Beunruhigung.



Demonstration gegen KKW Esenshamm

So arbeiten sie sich alle gegenseitig in die Hände, die Bourgeoisie und ihre Lakaien. Muß dann ein Gericht aufgrund erdrückender Fakten sein Gesicht als ein „neutrales" Organ wahren, so werden einfach neue Gutachten gestrickt und alles bleibt fürs Kapital beim Alten."

Ähnlich sieht es auch mit dem geplanten Atomkraftwerk in Brokdorf aus. Es ist damit zu rechnen, daß das Oberlandesgericht in Lüneburg in absehbarer Zeit den Baustopp aufhebt. Deshalb bereiten sich die KKW-Gegner an der Unterelbe darauf vor, die Rückführung der Baumaschinen zu verhindern. Zu diesem Zweck haben sie vor einigen Tagen ein ständiges Bewachungslager direkt am Bauplatz eingerichtet. Die Kieler Landesregierung betreibt eine üble Hetze gegen dieses Lager und droht unverhohlen mit einem Polizeiüberfall. Gegen die Versuche, das Lager gegen die Bewohner der Wilster Marsch auszuspielen, bekundeten am Sonnabend mehrere Bauern mit einer Treckerdemonstration ihre Solidarität mit den Kernkraftwerksgegnern.

## Kernkraftwerk "Super Phenix" in Frankreich

# Demonstrant von der Polizei ermordet

**Mit äußerster Brutalität überfielen starke Einheiten der französischen Bürgerkriegspolizei CRS die Demonstration von einigen Zehntausend Kernkraftwerksgegnern, die bei Malville in der Nähe von Lyon gegen den Bau des Schnellen Brüters „Super Phenix" protestierten. Die Bilanz des Terroreinsatzes: Über 100 zum Teil schwer Verletzte, mehreren Demonstranten wurden Gliedmaßen abgerissen. Der 31jährige Lehrer Vital Michalon starb, von der CRS ermordet.**

Das Großkernkraftwerk „Super Phenix", in dem auch die westdeutschen Imperialisten ihr Kapital angelegt haben, stellt in bezug auf die Gefahren einer radioaktiven Verseuchung die herkömmlichen KKWs vom Typ Biblis oder Fessenheim noch weit in den Schatten. Deshalb wird dieses Projekt von den französischen Werktätigen entschieden abgelehnt, deshalb riefen verschiedene Organisationen am vorletzten Wochenende zu einer Massendemonstration mit internationaler Beteiligung auf.

Die französische Bourgeoisie bereitete sich darauf vor, indem sie sich Schützenhilfe in Bonn holte. Bereitwillig stellten die westdeutschen Staatsschutzorgane ihr Spitzelmaterial von den Brokdorf-Demonstrationen und ihre Polizeiberichte zur Verfügung. Gleichzeitig versuchten die reaktionären französischen Behörden, ein Klima der Angst, der Hysterie und des Fremdenhasses zu erzeugen. So hetzte zum Beispiel der Präfekt des Departements Isere, in dem Malville liegt, gegen die Beteiligung deutscher Kernkraftwerksgegner an der Demonstration und nannte sie eine „zweite deutsche Invasion".

Dieser Reaktionär, der als früherer Chef der französischen Sicherheitspolizei im besetzten Algerien das Leben von Tausenden algerischen Freiheitskämpfern auf dem Gewissen hat, der jetzt gegen die Kernkraftwerksgegner mit den alten Nazis in den Führungsstäben der Bonner Staatsschutzorganen zusammenarbeitet, er wagt es, die deutschen Demonstranten von Malville als Nachfolger von Hitlers Invasionstruppen zu beschimpfen!

Aber diese Versuche, die Bewegung gegen „Super Phenix" mit schmutzige Hetzparolen zu spalten, waren vergebens. Die Demonstranten, unterstützt von den Werktätigen der Umgebung, hielten mehrere Stunden lang dem wütenden Terror der CRS-Truppen stand. Sie standen dabei in einem beispiellosen Trommelfeuer von Gasgranaten, Rauchbomben und sogenannten „Offensivgranaten". Diese tückische Waffe wurde einzig und allein mit dem Ziel eingesetzt zu töten oder schwere Verletzungen hervorzurufen. Ihr Sprengsatz von 90 Gramm TNT war es, der mehreren Demonstranten Hände oder Füße abriß. Mit dieser Granate wurde auch Vital Michalon ermordet.

Hatten die uniformierten Killer erst die Lüge von einem „Herzversagen" aufgetischt, so versuchten sie später sogar, den Demonstranten den Mord in die Schuhe zu schieben, indem sie unverschämt behaupteten, der Lehrer wäre zu Tode getrampelt worden. Die Autopsie zeigte jedoch, daß Michalon an einem Lungenriß gestorben ist, verursacht durch den gewaltigen Druck einer neben ihm explodierenden Offensivgranate.

Die Ereignisse von Malville zeigen mit aller Deutlichkeit: Für ihre Profite geht die Bourgeoisie über Leichen. Ob in Frankreich oder bei uns, die herrschende Klasse hat sich ihren hochgerüsteten Gewaltapparat nicht zum Spaß aufgebaut, sondern um ihn gegen die Werktätigen einzusetzen. Deshalb muß die Arbeiterklasse der Bourgeoisie und ihrem Staat die gerechte revolutionäre Gewalt entgegensetzen, nicht nur, um die Angriffe abzuwehren, sondern um schließlich unter der Führung der kommunistischen Partei in der sozialistischen Revolution die Macht der Bourgeoisie zu zerschlagen.

## Mit Drogen, Elektroschocks, Isolationsfolter

# Faschistische Menschenversuche in den USA

**Im Jahre 1953 sprang der amerikanische Biochemiker Frank Olson aus dem Fenster. Selbstmord, wurde der Familie erklärt. Erst 1975, als ein Teil der Verbrechen des CIA enthüllt wurde, kam die Wahrheit ans Tageslicht. Frank Olson war das Opfer eines der zahlreichen faschistischen Menschenversuche des CIA geworden. Ohne daß er davon wußte, hatte der CIA an ihm die Wirkung von LSD ausprobiert.**

Wie jetzt der neue Chef des CIA, Turner, zugeben mußte, hat der CIA seit seinem Bestehen systematisch an Tausenden von Menschen sogenannte "Versuche" durchgeführt, die an Grausamkeit und Unmenschlichkeit nur mit den Verbrechen in den KZs des Hitlerfaschismus zu vergleichen sind. Mit Drogen, Alkohol, Elektroschocks, mit Isolationsfolter und wahrscheinlich auch mit Gehirnoperationen versuchte der CIA nach eigenen Angaben „Methoden zu entwickeln, mit deren Hilfe man Informationen von einem Menschen gegen dessen Willen und ohne dessen Erinnerung erhalten kann", Methoden also, wie sie auch in der KZs die Hitlerfaschisten entwickelt wurden, um die Gefangenen zu foltern, um die Kommunisten und andere fortschrittliche Menschen zum Verrat zu treiben oder sie geistig und körperlich zu zerbrechen.

Mindestens 185 gewissenlose Wissenschaftler standen und stehen als Folterknechte im Dienst des CIA, foltern und quälen in mindestens 80 psychiatrischen Kliniken, Krankenhäusern, Gefängnissen Tausende von Menschen. So deckten das staatliche Büro für Marineforschung elf Jahre lang CIA-Versuche mit LSD an Gefangenen in einem öffentlichen Hospital in Kentucky. Eine medizinische Forschungsgesellschaft führte mit CIA-Geld LSD-Versuche an Gefangenen in Gefängnissen von Georgia und New Jersey durch. Eine andere Forschungsgesellschaft unterstützte Versuche mit der Isolationsfolter und anderen Methoden der Gehirnwäsche an der McGill-Universität in Montreal. Sie ließ außerdem Versuche mit Alkohol an Patienten und Angestellten eines Hospitals in Rode Island durchführen. Von einigen Ausnahmen abgesehen wurden diese Versuche heimlich, ohne Wissen der betroffenen Menschen durchgeführt.

Wie groß die Zahl der Opfer dieser faschistischen Menschenversuche ist, wird man wohl nie erfahren. Und auch nicht, wie viele Menschen der CIA auf diese Weise zu Tode foltern und quälen ließ. Denn wer als Opfer des CIA in den Krankenhäusern und Gefängnissen stirbt, bei dem heißt es wie bei den Opfern in den KZs Hitlers „Selbstmord", „Herzversagen" usw.

Der Chef des CIA, Turner, hat sich, nachdem diese Verbrechen des CIA in der Öffentlichkeit bekannt wurden, in scheinheiliger Entrüstung gegen die Menschenversuche gewandt. Aber das tat auch sein Vorgänger, als 1975 aufgrund des CIA-Reports zum ersten Mal diese abscheulichen Verbrechen des CIA bekannt wurden. Geändert hat sich nichts. Und so wird auch unter dem neuen CIA-Chef Turner der CIA keineswegs seinen Charakter ändern, keineswegs seinen verbrecherischen Kampf gegen die Werktätigen innerhalb und außerhalb der USA einstellen. Das kann allein der revolutionäre Kampf der Werktätigen erreichen, das kann allein das Ergebnis der völligen Zerschlagung des US-Imperialismus sein.



## Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der SVR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

**Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 4600 Dortmund 30,** Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/ 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 9-12 und 14-18 Uhr, Sa. 9-14 Uhr.

**Parteibüros:**

**LV Wasserkante, 2000 Hamburg 50,** Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040 / 4 39 91 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

**LV Niedersachsen, 3000 Hannover,** Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

**LV Südwest, 6800 Mannheim,** Lortzingstr. 5, Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 10.30-13.00 Uhr.

**LV Baden-Württemberg, 7000 Stuttgart 1,** Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

**LV Bayern, 8000 München 2,** Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089 / 53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

**Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65** (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030 / 4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

**5100 Aachen,** Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.

**4800 Bielefeld,** Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521 / 17 74 04. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-12 Uhr.

**4630 Bochum,** Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13, Mi 17-19 Uhr.

**2800 Bremen** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

**4100 Duisburg 1** (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi und Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr. Tel.: 0203 / 6 47 96.

**4300 Essen-Altendorf,** Buchladen „Roter Morgen", Helenenstr. 35. Öffnungszeiten: Mi. u. Do. 16-18 Uhr. Tel.: 0201 / 62 42 99.

**6000 Frankfurt,** Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611 / 43 75 85. Öffnungszeiten: Di-Fr 16.00-18.30, Sa 10-14 Uhr.

**2300 Kiel 1,** Buchhandlung „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02. Öffnungszeiten: Mo, Mi, Do 9-13 und 15-18, Di und Fr 9-13 und 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

**5000 Köln 91** (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

**2400 Lübeck,** Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451 / 7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

**4400 Münster,** Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 6 52 05. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.